

Die „Welt“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags ausnahmslos...
Verlag: Berlin 62, Breite Straße 60

Die Jahrgangspostkarte Monopresselle oder deren Raum kostet 2.- Mk. einschließlich...
Zentrumsprecher: Zentrum 152 30-152 39

STREIFLICH
Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Lloyd Georges Wahlrede

Für den Weltfrieden!

London, 21. Januar.

Von einer 6000köpfigen Zuhörerschaft härmlich begrüßt, hielt Lloyd George heute auf der nationalliberalen Konferenz in der Central Hall in Westminster, seine mit Spannung erwartete große Rede. Lloyd George drückte zuerst seine Befriedigung über die Schaffung einer irischen Republik mit Zustimmung des Volkes aus. Sie habe zweifellos zur Stärkung des Ansehens Großbritanniens in der gesamten Welt beigetragen. Die Behauptung, daß Neuwahlen ein Gedanke der Koalitionsliberalen sei, um die Reform des Oberhauses zu vermeiden, sei eine reine Erfindung. Die Koalitionsliberalen hätten sich ebenso wie alle anderen Liberalen für die Reform des Oberhauses verpflichtet. Ob Neuwahlen früher oder später kämen — und eines Tages müßten sie kommen — es könne dem Lande nur eine Politik unterbreitet werden, die nicht diktiert sei durch Wahlforderungen, sondern durch die Bedürfnisse des Landes und der Welt. Um das Vertrauen wiederherzustellen, müsse man

einen wirklichen Frieden in der ganzen Welt

schaffen. Dies sei die Aufgabe, der sich alle Regierungen gegenübergestellt haben. Lloyd George fuhr fort: Welches ist die Lage der Welt? Wir haben einen erschütternden und verzerrenden Krieg hinter uns. Der Handel der ganzen Welt befindet sich in einer schlimmeren Lage als je. In unserem Lande sind zwei Millionen Erwerbslose, in den Vereinigten Staaten noch viel mehr. Warum? In der Welt besteht größeres Bedürfnis nach unseren Waren als je zuvor, jedoch weniger Nachfrage. Nicht, daß die Welt den Reichtum nicht erzeugen kann, der sie in den Stand setzen würde, diese Waren zu bezahlen wenn Arbeit erhältlich wäre. Kredit ist unmöglich ohne Vertrauen und Stabilität. Das Problem, dem Großbritannien und die ganze Welt sich gegenübergestellt sehe, könne in einem Maße zumutbar gelöst werden:

Wiederherstellung des internationalen Vertrauens.

(Beifall.) Vertrauen in Großbritannien, Vertrauen in andere Länder, jedoch vor allem Vertrauen jedes Landes in alle anderen Länder. Internationales Vertrauen ist die Grundlage des internationalen Handels. Wir sind ein Land, das vor allem vom internationalen Handel abhängt.

Lloyd George fuhr fort: Die elektrischen Ströme des Handels müssen in der erschütterten Atmosphäre der Welt notwendigerweise unregelmäßig und schwach sein. Ohne Vertrauen kann Kredit nicht aufgebaut werden, ohne Kredit kein Handel und ohne Handel kein Unterhalt für unser Volk. Unsere Völkern werden untragbar werden, und Bankrott wird der Welt ins Angesicht treten, wenn keine Aktion ergriffen wird und zwar

eine internationale Aktion,

nicht nur die Aktion eines Landes, sondern die aller Länder. (Beifall.) Wie kann Vertrauen geschaffen werden? Ich werde manchmal von meinen Freunden gefragt, weshalb ich einen so großen Teil meiner Zeit internationalen Angelegenheiten widme und nicht nur Zeit für innere Fragen verwende. Ich werde jetzt sagen warum. Solange nicht der Frieden in der Welt wiederhergestellt wird, sind wir das größte Opfer und die am meisten Leidtragenden (Beifall). Um Vertrauen wiederherzustellen, muß man einen wirklichen Frieden in der Welt

wiederherstellen. Solange Fragen bestehen, die Unruhe erzeugen, wird der Handel nicht das notwendige Risiko übernehmen. Der Friede muß auf einer festen Grundlage guten Einverständnisses unter allen Völkern gegründet sein. Dies ist die erste Bedingung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der Welt, und dies ist die Aufgabe, der sich die Regierung gegenübergestellt sieht. Nicht nur unsere Regierung, sondern alle Regierungen in der gesamten Welt (Anhaltender Beifall). Je weniger die Regierungen sich in den Handel einmischen, um so besser ist es. Die Industriehilfs-Bill bezieht sich auf eine rein zeitweilige Lage von ganz abnormem Charakter. Es gibt kein dringenderes Problem. Wir wollen es auf unser Banner schreiben: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! (Beifall.)

Wenn man ein allgemeines Einverständnis unter den Nationen herstellen will, so erfordert das größte Geduld, denn es besteht viel Mißtrauen und Argwohn. Es gibt Leute, die denken, sie hätten es durch einen Federstrich tun können, wenn sie vor zwei oder drei Jahren in Versailles gewesen wären. Die Leute, die so denken, haben sicher nicht die ausländische Presse gelesen, weder damals noch heute, sonst würden sie von ihrem Wahn geheilt sein. Die Washingtoner Konferenz ist ein bedeutender Beweis gewesen, ein Beispiel, dem man folgen muß. Vier Fünftel der Schwierigkeiten sind auf Argwohn in der Welt zurückzuführen. Die meisten Streitigkeiten entstehen durch Argwohn, der beseitigt wird durch einen vernünftigen Meinungsaustrausch. Das ist in Washington erreicht worden und viel mehr ist noch zu erwarten. Nichts hat so viel dazu beigetragen, um ein gutes Einverständnis zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien herzustellen. Der Frieden der Welt hängt in hohem Maße von dieser Grundlage ab. Bei den europäischen Ländern hat man es mit alteingewurzelter Vermittelungen zu tun. Es besteht alter Haß, alte Rivalität, alte Fehde, alter Argwohn und alles Mißtrauen.

Ueber die Frage der deutschen Reparationen sprechend, erklärte Lloyd George, er gehöre nicht zu denjenigen, die der Ansicht seien, daß Deutschland die Zahlung dieser Summe erlassen werden müsse. Deutschland habe den Schaden mitwillig angerichtet. Frankreich quide sit unter sehr schweren Lasten, um diese Schäden wiederherzustellen, desgleichen Belgien, Italien und die anderen Länder. Deutschland solle bezahlen (ought to pay) und

Deutschland könne bezahlen.

Deutschland leide wie jedes andere Land unter dem großen Zusammenbruch des internationalen Handels. An zweiter Stelle nach Großbritannien hänge Deutschland mehr vom internationalen Handel ab, als jedes andere Land. Deutschland leide nur zeitweilig. Mit dieser Frage könnten sich die Sachverständigen befassen. Tatsächlich seien die Sachverständigen auch, bevor die Konferenz von Cannes auseinanderging, zu einer Vereinbarung gelangt, die seiner Ansicht nach befriedigend sei, und die seines Erachtens für Deutschland annehmbar wäre (Germany ought to have accepted). Lloyd George sagte weiter: Wir haben uns vorläufig darüber geeinigt, und ich hoffe, daß etwas Derartiges auch später geschehen wird, wenn keine Torheit dazwischen kommt. Es ist jedoch eine Frage, die ermanen und auf eine feste Grundlage gestellt werden muß, damit England genau weiß, wozu es ist. Verzug ist gefährlich, und je eher diese Frage geregelt würde, um so besser wäre es.

Papst Benedikt XV.

Rom, 21. Januar, 5 Uhr 30 nachmittags. Sonnt.

Die päpstlichen Verträge geben folgenden Krankheitsbericht heraus: Das Befinden des heiligen Vaters hat sich im Laufe des Tages verschlechtert. Die Stimmung ist immer mehr erschwert. Das Herz schlägt immer schwächer. Kardinal, Petrus, Signori.

Papst Benedikt XV., dessen Erkrankung erst vor wenigen Tagen gemeldet wurde und dessen Ableben nach der vorstehenden Meldung stündlich zu erwarten ist, wurde am 3. September 1914 am dritten Tag des Konklaves in der fünften Abstimmung gewählt. Benedikt verdankte die Erwählung wohl seiner versöhnlichen Haltung und seiner diplomatischen Begabung, von der das Kardinalkollegium eine leichtere Ueberwindung der großen Schwierigkeiten erwarten konnte, die der Krieg für die Stellung der Kirche mit sich bringen mußte.

In der Tat stellte Benedikt XV. vom Beginn seiner Regierung an das große humanitäre Ideal in den Vordergrund. Hatte sein Vorgänger, Pius X., eine enge orthodox-kirchliche Richtung vertreten, die namentlich auch dem deutschen Zentrum in der Gewerkschaftsfrage, aber auch in seiner allgemeinen Politik oft große Schwierigkeiten bereitet hatte, so suchte Benedikt XV. die Stellung des Papsttums dadurch zu verstärken, daß er das Aufrollen all dieser Gegensätze innerhalb der katholischen Welt möglichst vermied. Zugleich hegte er die Hoffnung, den moralischen Einfluß des Papsttums zu benutzen, um den Krieg schneller zu beenden, dem Papste vielleicht sogar die Rolle des Friedensvermittlers zu erobern.

Schon die erste Politik, die er nach Ausbruch des Krieges erließ, mahnte zur schleunigen Beendigung des Krieges und zu einer Versöhnung der Völker. Besondere Bedeutung hatte der Versuch seiner Friedensvermittlung im Jahre 1917, der an der verbrecherischen Torheit der deutschen Heeresleitung und der elenden Feigheit Wilhelms II. und seiner zivilen Ratgeber scheiterte.

Wenn aber auch anerkannt werden muß, daß Benedikt XV. seinen Einfluß für den Frieden einzusetzen bemüht war, wenn er dabei Worte fand, die man damals auch bei vielen Sozialisten schmerzlich vermied, so zeigt die Bergelichkeit der Bemühungen, wie gering im Grunde genommen der Einfluß des Papsttums auf diese Welt geworden ist. Gewiß, im Kriege — und das ist ja das grauenvollste — verlagte alles Geistige, alles Moralische überhaupt, und die rohe Gewalt regierte allein. Aber daß das Oberhaupt der katholischen Welt ohnmächtig dem gegenseitigen Morden zusehen mußte, offenbarte doch eine Schwäche, die um so bedenklicher war, da das Papsttum längst aufgehört hatte, eine materielle Macht zu sein und nur noch eine moralische war. Deshalb bedeutet der Tod dieses persönlich milden und wohlmeinenden Mannes für die Politik nicht viel, und darin spricht sich der außerordentliche Wandel der Zeiten klar genug aus.

Das Papsttum war ehemals eine der stärksten politischen Mächte. Kaiser und Könige mußten nach Rom wallfahren, wenn sie ihrer Herrschaft sicher sein wollten. Mit dem Ende der alten Wirtschaftsverhältnisse mußte auch die politische Macht und der geistige Einfluß des Papsttums sein Ende nehmen. Die Manufakturperiode und das kapitalistische Wirtschaftssystem konnten die Staatenbindungen nicht ertrotzen, die die katholische Kirche dem wirtschaftlichen und politischen Leben auferlegte. Es ist bezeichnend, daß in den Ländern, in denen der Kapitalismus sich am frühesten entwickelte, auch die Reformation zuerst Eingang fand. Die Jahrhunderte zwischen dem Ausgang des Mittelalters und der neuesten Zeit sind ausgefüllt mit Versuchen des Papsttums, seine frühere Stellung in der Welt wiederzuerlangen. Die französische Revolution hat auch die politische Macht der katholischen Kirche endgültig beseitigt. Einige Jahrzehnte lang konnte der Kirchenstaat noch ein bescheidenes Dasein führen, bis endlich im Jahre 1870 die Verwirklichung des italienischen Einheitsgedankens die weltliche Macht des Papstes endgültig beseitigte. Der Papst war seitdem auf seinen Sitz im Vatikan angewiesen. Seitdem haben sich die Päpste darauf beschränkt, den Einfluß der katholischen Kirche zu stärken, und man muß anerkennen, daß es ihnen in hohen Maße gelungen ist, den vollständigen Verfall des Klerikalismus aufzuhalten. Besondere Verdienste haben sich Pius IX. und Leo XIII. erworben. Das öffentliche Wirken wurde modernisiert, man suchte durch Vereinbarungen mit den einzelnen Staaten die Sicherheit der Religionsübungen zu schützen und damit zugleich den Einfluß der Katholiken auf das öffentliche Leben auszudehnen. Es ist bekannt genug, wie sich die katholische Kirche jetzt jeder Staatsverfassung anzupassen versteht. Sie ist in den Vereinigten Staaten für die Trennung zwischen Staat und Kirche, weil sie die dortige Erfahrung gelehrt hat, wie sehr ihr auch das zum Vorteil gereichen kann. Sie war vor dem November 1918 für die Erhaltung der Monarchie und hält heute ebenso freundschaftliche Beziehungen zur Republik. Von der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft ist zwar offiziell nicht mehr die Rede, aber noch niemals hat der Heilige Stuhl die bindende Erklärung abgegeben, daß er für alle Zeiten die Absicht auf eine kirchenstaatliche Renaissance aufgegeben hat.

Die Eisenbahnerbewegung

Streik in der Dresdener Werkstatt

Bei dem Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes fuß die telegraphische Mitteilung ein, daß Sonnabend mittig 12 Uhr die Werkstatt den Betrieb eingestellt hat. Als Grund wird demagogisches Treiben unverantwortlicher Führer angegeben. Die in Berlin zu einer Konferenz versammelten Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter haben sofort zu der Sachlage Stellung genommen. Der Vorstand sahle einmütig den Beschluß, der auch die Billigung sämtlicher Bezirksleiter fand, jede Verantwortung für den Streik und seine Unterstützung abzuschneiden. Er warnt außerdem dringend alle Verbandmitglieder, sich dieser wilden Bewegung anzuschließen. Die in den Ausland getretenen Mitglieder werden ersucht, die Arbeit sofort wieder auszunehmen.

Vorläufig kein Steuerkompromiß

Gegenüber der Meldung bürgerlicher Blätter, daß das Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie so gut wie gescheitert sei, hören die V. V. N. von unterrichteter Seite, daß davon vorläufig gar keine Rede sein könne. Soll ein Kompromiß zwischen den beiden größten Parteien in der Steuerfrage zustande kommen, so gilt es noch ernste Differenzen zu beseitigen und auszugleichen. Gegenwärtig ist der Stand der Angelegenheit vielmehr so, daß die Verhandlungen, die am Sonnabend nachmittag zwischen den Vertretern der beiden Parteien geführt worden sind, eher zu einer Stockung geführt haben und man noch nicht weiß, wann diese Verhandlungen ihre Fortsetzung finden sollen. Am Montag nachmittag wird vielmehr zunächst die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages nochmals zummentreten, um erneut Stellung zu nehmen zur Steuerfrage und zu den Verhandlungen mit der Zentrumspartei.

Sozialistenverfolgungen in Polen

Die Erben des Zarismus

(Intel.) Lemberg, 21. Januar.

Der Führer der ukrainischen Sozialdemokraten Ostgaliziens, Dr. Hankiewicz, ist nach dreimonatlicher Haft in Freiheit gesetzt worden. Er ist bekanntlich unter Kuffen erregenden Begleitumständen, während einer Verteidigungsrede vor dem Geschworenengericht mit der Begründung verhaftet worden, daß er an einer Verschwörung gegen den polnischen Staat beteiligt sei. Seine Entlassung mußte erfolgen, da ihm in keinem Punkte Verfaßtes nachgewiesen werden konnte.

In Krakau wurde Nikolaus Jaskiewicz, der Redakteur des Krakauer Organs der unabhängigen Sozialdemokraten, verhaftet. — Der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten Polens Borankiewicz, der auf Denunziation eines Abgeordneten der P. P. S. verhaftet worden war, ist bereits seit Monaten in der Festung Brest eingekerkert, obwohl das gegen ihn vorgebrachte Anlagematerial sich als nicht stichhaltig erwiesen hat. Borankiewicz ist wegen der schlechten Behandlung im Gefängnisse schwer erkrankt, so daß er in das Gefängnislazarett überführt werden mußte.

Die Nachrichten über die Greuel in den polnischen Gefängnissen und die barbarische Verfolgung der Sozialisten in Polen häufen sich immer mehr. Die polnische Regierung scheint Wert darauf zu legen, als Erbe des russischen Zarismus mit allen seinen Greueln und Schandtatzen zu gelten.

Sie hofft auf diese Weise ihre äußere und innere Lage zu beseitigen. Sie wird sich täuschen. Die polnische Reaktion weckt nicht nur die Verachtung der gesamten Kulturwelt, sie wird auch in Polen selbst jene Kräfte auslösen, die sie in Stücke schlagen werden.

Wer der Nachfolger Benedikts sein wird, ist noch ganz unbestimmt. Drei Tage nach dem Tode des Papstes beginnen die zehn Kongregationen der Kardinäle, die sich unter allerhand Zeremonien mit den Vorbereitungen für die Wahl des neuen Papstes beschäftigen. Mehr bis zwölf Tage nach dem Tode des Papstes zieht das Kardinalkollegium in das Konklave, wo dann die Wahl endgültig vollzogen wird. Nach erfolgter Wahl nennt der Erwählte den Namen, den er als Papst führen will, und dem in der Peterskirche wartenden Volke der Gläubigen wird das vollzogene Ereignis verkündet: Habemus papam!

Landtagswahlen in Braunschweig

Am heutigen Sonntag finden im Freistaat Braunschweig die Wahlen zum Landtag statt. Der Wahlkampf fand im Zeichen des erbittertesten Kampfes der vereinigten bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Regierung und bisherige Landtagsmehrheit, wie überhaupt die gesamte Politik der sozialistischen Regierung im schärfsten Gegensatz zum gesamten Bürgertum geführt wurde.

Unsere Partei, bisher die stärkste Fraktion im Landtage, hat die besten Aussichten, ihren Stand zu behaupten. Die Wahlversammlungen unserer Partei sind überall, besonders auf dem Lande, glänzend verlaufen. Allerdings muß man berücksichtigen, daß auch das Bürgertum die größten Anstrengungen macht und vor feinen Mitteln zurückbleibt, die bisherige sozialistische Landtagsmehrheit niederzuringen.

Bei den letzten Wahlen, die am 16. Juni 1920 stattfanden, stellte sich die Stimmenverteilung wie folgt: U. S. P. D. 7974, S. P. D. 30817, Landeswahlverband 80568, Demokraten 20048, Kommunisten 2502. Die Landtagsliste verteilten sich: U. S. P. D. 23 Sitze, S. P. D. 8, Landeswahlverband 23, Demokraten 6. Es standen also 31 sozialistischen Mandaten 29 bürgerliche gegenüber. Die nach den Wahlen unter mancherlei Schwierigkeiten und bürgerlicher Obstruktion gebildete Regierung bestand aus den Genossen Sepp Dexter, Funke, Sievers und den Rechtssozialisten Antrich und Steinbrecher. Der Genosse Dexter trat im November vergangenen Jahres infolge heftiger persönlicher Angriffe der Rechten zurück. An seiner Stelle wurde Genosse Grothwohl ins Ministerium gewählt.

Zur heute stattfindenden Wahl haben sich die sämtlichen bürgerlichen Parteien des Landes, einschließlich der Demokraten, unter dem Kampfruf: „Nie wieder eine Regierung Dexter!“ zusammengeschlossen. Da den bürgerlichen diese Parole nur als Verbot für ihr wahres Ziel, nämlich die Beseitigung des sozialistischen Regimes dient, werden ihnen die Arbeiter und Angestellten sowie alle ehrlichen Republikaner die verdiente Antwort geben. Als Listenführer für unsere Partei figuriert Genosse Wese meier, bisheriger Präsident des Landtags, ihm folgt Genosse Dexter. Die Liste der Rechtssozialisten eröffnet Dr. Jasper, früherer Ministerpräsident. Die Demokraten führen den früheren Kultusminister Rönneburg an der Spitze ihrer Liste, während der Landeswahlverband, das sind Deutsche und Deutschnationale Volkspartei, den Senatspräsidenten Hampe an erster Stelle führt. Auch die Kommunisten haben eine eigene Kandidatenliste aufgestellt; ihre Aussichten sind aber sehr gering.

Der Staatssekretär als Radauantifemist

Aus dem Reiche Giesberts

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht folgenden Briefwechsel, den der frühere Reichsjustizminister Dr. Blund mit dem Reichspostminister Giesberts gepflogen hat:

Hamburg, den 7. September 1921.
Bleichenbrücke 10.

Herrn Reichsminister Giesberts

Berlin,
Reichspostministerium.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich beehre mich, Ihnen hierdurch folgenden Vorfall zu unterbreiten:

Am Donnerstag, den 6. Juni 1921, ist der im Reichspostministerium tätige Staatssekretär B... (Warum verweigert man den Namen? D. Red. d. „Fr.“) zu dem mittags 12 Uhr 30 Min. von Berlin nach Hamburg fahrenden D-Zug auf dem Herron des Lehrter Bahnhof erschienen, um mehrere Personen, zwei Damen und einen Jungen von etwa zehn Jahren und ein Mädchen von vielleicht sechs Jahren, anscheinend seine Familie, in den Zug zu geleiten, wo sie einige Plätze in einem Abteil zweiter Klasse einnahmen.

Wenige Minuten vor der Abfahrt betrat Herr Alfred Vereles, ein Hamburger Kaufmann und Alibi von mir, der Jude ist, das Abteil, um dort seinen Platz einzunehmen.

Faßt in demselben Augenblick äußerte der Herr Staatssekretär mit lauter Stimme zu dem Jungen: „Hör, mein Junge, wenn ich angekommen seid, laßt die am Strand sofort eine große schwarz-weiß-rote Fahne mit einem Halbkreuz und schlägt alle Juden tot.“ Herr Vereles, auf den die ganze Ausrufung gemünzt war, rief dem Herrn Staatssekretär darauf zu: „Es ist traurig, daß ein Staatssekretär in einer Republik die Frechheit besitzt, eine derartige Ausrufung zu machen.“

Der Herr Staatssekretär erwiderte darauf nichts direkt, sondern äußerte nur zu den in seiner Begleitung befindlichen beiden Herren: „Sehen Sie, der Schimpf ist schon!“ — was also ein klarer Beweis dafür war, daß der Herr Staatssekretär die ganze Ausrufung von vornherein auf Herrn Vereles gemünzt hatte.

Herr Vereles sagte darauf noch: „Es ist bedauerlich, daß man den Namen des Herrn nicht feststellen kann, um ihm die nötige Rektion erteilen zu können.“

Auch daraufhin hat der Herr Staatssekretär keine Veranlassung genommen, seinen Namen zu nennen. Der Name konnte erst nachher ermittelt werden.

Ich bitte Sie, zu veranlassen, daß der Herr Staatssekretär für seine Ausrufung zur Rechenschaft gezogen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung, in aller Ergebenheit, Ihr
gez. Dr. A. Blund.

Darauf erwiderte der Reichspostminister Giesberts, etwa drei Wochen später, unter dem Datum des 24. September, daß der Staatssekretär B. augenblicklich wegen einer schweren Herzerkrankung in Marienbad weile. Er trage deshalb Bedenken, die Sache vor seiner Rückkehr zur Erledigung zu bringen. Sobald er aber in Berlin sei, werde er das Nötige veranlassen. Er wolle aber schon jetzt mitteilen, daß ihm dieser Vorgang außerordentlich peinlich sei, und selbstverständlich nach jeder Richtung hin von ihm gemißbilligt werde.

Aber der Herr Reichspostminister kam wider Erwarten, nicht mehr darauf zurück. Infolgedessen schrieb, nachdem der Staatssekretär gesund genug geworden war, um

in Hamburg einen öffentlichen Vortrag zu halten, Dr. Blund, nach beinahe drei Monaten, unter dem 15. Dezember, abermals an den Reichspostminister, und fragte an, ob sich denn der Staatssekretär nicht wenigstens bei Herrn Vereles entschuldigen wolle.

Wieder vergingen über vier Wochen. Aber der Herr Reichspostminister blieb stumm. Sein Staatssekretär auch.

Soweit der vom „Berliner Tageblatt“ geschilderte Sachverhalt. Es ist also in der deutschen Republik möglich und erlaubt, als Staatssekretär die Gestimmung und das Gebären politischen Kowidieus an den Tag zu legen. Der vorgelegte Minister bezieht sich nicht, den Herrn Staatssekretär zur Verantwortung zu ziehen, sondern er „vergibt“ die Sache einfach, oder er läßt sie liegen. Wie stark doch ein deutscher Minister gegenüber seinem Staatssekretär ist und wie taufkräftig Herr Giesberts, ein deutscher Minister, für das Ansehen der Republik eintritt. Dieser skandalöse Fall beweist die immer unerträglicher werdende Haltung eines großen Teiles der höheren Beamtenschaft, die in unerschöpflichster Herausforderung ihr Bekenntnis zu den alten Gewalten bei jeder Gelegenheit offenbaren.

Wir fordern, und wir meinen, daß in dieser Beziehung unter allen ansässigen Menschen Uebereinstimmung herrschen sollte, daß Minister Giesberts sofort der Öffentlichkeit gegenüber weitgehendste Aufklärung über sein Verhalten in dieser Angelegenheit gibt. Wir fordern weiter, was übrigens nur selbstverständlich ist, daß der betreffende Staatssekretär, falls die in dem Briefe des Dr. Blund gemachten Angaben vollständig zutreffen, aus seinem Amte entsetzt wird. Denn ein Staatssekretär, dessen politisches Glaubensbekenntnis bei der schwarz-weiß-rotten Fahne mit dem Halbkreuz angekommen ist und der der wüstensten Judenhehe huldigt, hat im Dienst der Republik nichts zu sagen. Man ist allerdings versucht, auch die Eignung des Herrn Giesberts zum republikanischen Minister stark in Zweifel zu ziehen.

Das Münchener Urteil

Nicht Mord, sondern Beihilfe zum Totschlag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 21. Januar.

In dem Prozeß über die fünf ehemaligen Rotgardisten, die am 27. April 1919 ein Todesurteil des Revolutionstribunals in München gegen den Rotgardisten Lacher vollstreckt hatten, fällt heute das Volksgericht München II folgenden Urteil:

Die Angeklagten Ebert, Blechiner, Essig werden wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Totschlag zu je drei Jahren Gefängnis, der Angeklagte Angenberger wird wegen gleichen Verbrechens zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Hauser wird von der Anklage des Mordes freigesprochen. Soweit das Urteil auf schuldig lautet, wurde es einstimmig gefaßt.

In der Begründung stellt sich das Gericht auf den Standpunkt, daß der eigentliche Mörder des Lacher der damalige Stadtkommandant von München, Kael, sei und daß die Angeklagten nur als seine Mitthäter in Betracht kämen, die unter dem Zwang und dem Terror des Kael sich an der Erschießung des Lacher beteiligten. Es könne sonach nicht von einem Verbrechen des Mordes, sondern nur von einem Verbrechen der Beihilfe des Totschlages gesprochen werden.

Die Anklage hatte auf Mord gefaßt. Der Staatsanwalt hatte gegen alle 5 Angeklagten die Todesstrafe beantragt. Gegen Hauser lagen nicht genügend Beweise vor.

Kommunistische Verleumdungen

Auf Rabels Befehl

Seit einigen Tagen gefällt sich die „rote Fahne“ in täglich heftiger werdenden Angriffen auf die U. S. P. D. wegen ihrer Haltung zur Steuerfrage. Den Gipfel dieser Unwahrheiten erklimmt sie am Freitag mit dem Artikel „Die Steuerheuchelei der U. S. P. D.“ In ihm wurde behauptet, daß die S. P. D. und U. S. P. D. bei der Neuregelung der Einkommensteuer im Dezember für die Entlastung der Bestehenden eingetreten sei und daß nur die kommunistische Partei dagegen gekämpft und gestimmt habe. Diese offensichtlich Lügen wiederholte am Sonnabend mit großem Stimmenaufwand Koenen im Reichstag. Er erlitt aber eine so vernichtende Niederlage, daß selbst diesem Maulhelden die Worte im Halse stecken blieben: Genosse Herz stellte nämlich fest, sowohl im Ausschuß als auch im Plenum des Reichstags, daß vor allem die Unabhängigen und die rechtssozialistische Partei die Anträge der bürgerlichen Parteien auf Milderung der Einkommensteuer bei den Bestehenden bekämpft habe. Der Gesetzesvorlage als Ganzes aber hätten schließlich alle drei sozialistischen Parteien zugestimmt, weil keine von ihnen es verantworten konnte, die Widerungen für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die in dem Gesetzentwurf enthalten waren, scheitern zu lassen. Den besten Beweis liefern die damaligen Reden Höllens. Sie enthalten kein Wort davon, daß die Kommunisten gegen das Gesetz stimmten werden. Bei der Schlussabstimmung haben denn auch die Kommunisten genau wie Unabhängige und Rechtssozialisten für das Gesetz gestimmt.

Inzwischen haben wir aus dem Stenogramm des Reichstags festgestellt (S. 5343), daß der Präsident nach der Schlussabstimmung, ohne Widerspruch zu finden, ausdrücklich festgestellt hat, daß der Gesetzesentwurf „einstimmig angenommen“ worden sei.

Diese Geschichte zeigt aber auch noch etwas anderes. Es ist nicht nur die Gewissenlosigkeit kommunistischer Agitatoren, ihre Sucht, um jeden Preis die Klassengenossen zu verleumben, die ihre Gemeinheiten erklärt; die elenden Trümpfe folgen auch dabei nur dem höheren Befehl. Es ist „Einschwenken auf Moskauer Kommando“ wider besseres Wissen.

Obwohl nämlich seit Beratung des Einkommensteuergesetzes am 17. Dezember mehr als ein Monat vergangen ist, taucht diese kommunistische Verleumdung erst jetzt auf. Wie kommt das? Diese Verleumdung ist nämlich nicht in Deutschland entstanden, sondern von Moskau importiert, sie rührt her von Karl Radel. Er ist der Verfasser des Artikels „Steuerheuchelei der U. S. P.“ und dieser Artikel ist der vielversprechende Beginn seiner neuen Mission. Aber der elende Wicht irrt sich. Seine Tätigkeit wird ohne Erfolg bleiben. Es sind genug Arbeiterleichen von der Eberleinzentrale auf Rabels Befehl produziert worden. Die neue Verleumdungskampagne wird nichts nützen. Die Arbeiter wissen, ob Radel zum Pusch geht oder unter der

Masse des Einheitsfrontlers kommt, er bleibt der gewissen und verantwortungsloseste Schädling und Verderber der Arbeiterbewegung. Er kann nur das eine ausrufen: das Ende der kommunistischen Partei beschleunigen.

Die Ehrfurcht vor der Grafenkrone

Der Schließen-Prozeß endete mit der Verurteilung des Grafen Hans Heinrich zu eineinhalb Jahren und der Gräfin Leonore Schließen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Von den Mitangeklagten erhielt Köchel eine Gesamtstrafe von drei Jahren und Stenlyke eine solche von ein Jahr drei Monaten Gefängnis.

Man sollte meinen, daß die deutsche Justiz es nicht mehr nötig hätte, ihre Rückständigkeit, ihre Verknäuerung, ihre einseitige Klasseneinstellung vor aller Welt zu offenbaren. Die Göttinger Richter, die das Urteil im Fall Schließen fällten, waren anderer Meinung. Nach allen ungeheuerlichen Urteilen der letzten Jahre fällten sie in dem Prozeß gegen den Grafen und die Gräfin Schließen ein Urteil, dessen außerordentliche Mißde den abschreckenden Charakter der deutschen Klassenjustiz auf das ärgste beleuchtete.

Dieses Urteil ist nur zu verstehen aus der Ehrfurcht vor der Grafenkrone, von der die Göttinger Richter anscheinend so erfüllt sind, daß sie gegen die Gräfin Schließen nur die Hälfte der zulässigen Höchststrafe verhängten und gegen den Sohn ein noch milderes Urteil fällten. Die von ihnen gebrauchten Werkzeuge des geplanten Mordes sind jedoch weit härter bestraft worden als die gräßlichen Anstifter des ganzen mörderischen Komplottes.

Die Göttinger Richter haben bei ihrer Urteilsbegründung hervorgehoben, daß dem jungen Grafen mildernde Umstände zuzubilligen seien, weil er sehr jung sei, während die Gräfin milder behandelt werden müsse, weil sie im vorgerückten Alter stehe und unter einer Gefängnisstrafe schwerer leiden würde als alle anderen Angeklagten. Wenn man also Mitglied einer gräßlichen Familie ist, schlägt sowohl Jugend wie Alter zum besten aus. In beiden Fällen drückt Dame Justitia beide Augen zu und erhebt segnend die Arme über die hochfeudalen Verbrecher.

Daß man es hier tatsächlich mit Verbrechern zu tun hatte, ging selbst aus den Worten des milden Vorsitzenden hervor, der seine Urteilsbegründung mit folgenden Worten an den Grafen und die Gräfin begann:

„Die ganze ungeheure Bedeutung des Unternehmens war von Ihnen beiden erkannt und gewollt. Wären Sie in der Wahl der Personen nicht so leichtfertig gewesen, so hätten Sie sich beide wegen Mordes zu verurteilen und Todesstrafe zu gewärtigen. Was Sie tun konnten, haben Sie getan. Wenn sich zufällig Köchel und Stenlyke als unzuverlässig erwiesen haben, so ist das nicht Ihr Verdienst.“

Es war tatsächlich nicht das Verdienst des Grafen und der Gräfin Schließen, daß der Mord gegen den Majoratsherrn und nahen Verwandten nicht zur Ausführung gelangte. Monatelang wurde dieser Mord von den Beiden vorbereitet, um in den Besitz des Majorats zu gelangen. In der gräßlichen Familie bildete der Mordplan das ständige Tischgespräch. Das Familienoberhaupt wurde verlehrt, um das Vertriebskapital für die Ausführung des Mordes zu gewinnen. Die gräßlichen Anstifter verhandelten mit dem abenteuerräuberischen Burschen, der sich dessen rühmte, während der revolutionären Kämpfe in Berlin bei den Regierungstruppen in Spandau mitgekämpft zu haben und auch an der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg beteiligt gewesen zu sein. Ihm und seinem Spießgesellen, der aus dem Freikorps Aulok stammt, wurde eine halbe Million versprochen, wenn der unbequeme Bettler aus dem Wege geräumt werde. Die gräßlichen Verbrecher schreckten auch nicht vor einem Dynamitattentat zurück, bei dessen Verwirklichung einige Duzend Menschen ums Leben gekommen wären, und der junge Graf richtete sogar selbst das Schießgewehr her, mit dem sein Bettler niedergeschnitten werden sollte. Das sind die Unschuldskammer, die hocherhobenen Hauptes und mit lächelnder Miene vor dem Schwurgericht in Götting standen und aus den Händen des milden Richterkollegiums ein Urteil entgegennahmen, das direkt als Prämie für die Anstiftung von Morden und Attentaten angesehen werden muß.

Der künftige Geschichtsschreiber des republikanischen Deutschlands wird an diesem Prozeß nicht vorübergehen dürfen. Er leuchtet grell hinein in die Psychologie jener „Besten und Besten der Nation“, die jedes Verbrechen, jeden Verstoß gegen die Gebote der Menschlichkeit und Ethik für zulässig erachten, weil sie einer anderen, höheren Klasse angehören. Das Verhalten der deutschen Justiz liefert zum Teil den Schlüssel zum Verständnis dieser Hottentottenmoral der feudalen Schichten. Ihre Ehrfurcht vor dem Adelstitel, ihr wüster Klassenhaß, ihre bornierte Dünkelhaftigkeit sind mit Schuld an der geistigen und sittlichen Verrohung jener gesellschaftlichen Schichten, die heute noch, trotz Revolution und Republik, mit Verachtung auf das arbeitende und schaffende Volk herabsehen und es tatsächlich durchzusehen verstehen, daß ihnen gegenüber stets mit anderen Maß gemessen wird wie gegenüber den Angehörigen der arbeitenden Bevölkerung.

Ein verfrühter Aprilscherz

Roske Reichstagskandidat?

Wie die U. S. P. hören, hat eine Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei in Aussicht genommen, für die nächsten Reichstagswahlen als Spitzenkandidaten ihrer Liste den früheren Reichsmehrminister und jetzigen Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Roske, aufzustellen. — Eine persönliche Anfrage aus seinem früheren Wahlkreis, dem Chemnitzer Bezirk, ob er dort eventuell eine Kandidatur annehmen würde, hat Roske ablehnend beantwortet.

Es ist zwar kein Geheimnis, daß Gustav Roske in der U. S. P. D. mit seinen Anschauungen keineswegs allein steht und noch heute über zahlreiche Freunde und Gönner in der Partei verfügt. Wir trauen aber den Rechtssozialisten dennoch nicht eine so formidable Dummheit zu, ausgerechnet Roske als Spitzenkandidaten für die nächsten Reichstagswahlen zu präsentieren.

Zita in der Schweiz. Nach einer Meldung der „Basler Nachrichten“ aus Bern ist die Ueberwachung der Exkaiserin Zita verfrüht worden, da gewisse Anzeichen dafür vorzuliegen scheinen, daß in letzter Stunde von außen her, mit oder ohne Wissen der Exkaiserin, etwas geplant sei. Es wird erwartet, die Abreise der Exkaiserin werde in den nächsten Tagen erfolgen.

Deutscher Reichstag

Sonnabend, 21. Januar.

Präsident Lübe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Min. Ein Gelegenheitswurf, der etwa im Auslande zum Zwecke der Devisenbeschaffung angelegte Gelder der Reichsbank in den Bantausweisen als Kassenbestand aufgeführt wissen will, wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Durch die erneute Verteuerung aller Lebensmittel war auch eine **erneute Erhöhung der Beamten- und Arbeiterbezüge** und infolgedessen ein Nachtrag zum Reichshaushalt notwendig geworden.

Abg. Morath (D. Vp.): Die Zulagen für die Beamten sind durchaus unzulänglich. Der Wege zur Abhilfe gibt es viele. Die Regierung hat den schärfsten Weg beschritten. Wir wünschen, daß auch die Arbeiter in den Reichsbetrieben Löhne erhalten, wie sie in der Industrie bezogen werden. Aber man kann doch nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die Spannung zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Beamten geringer geworden ist.

Ministerialdirektor Schlieben: Die Regierung muß darauf bestehen, daß die Vorlage sofort und unverändert vom Reichstage verabschiedet wird, damit die Auszahlung der Bezugssteigerungen unverzüglich erfolgen kann. Veränderungen würden die Auszahlung verzögern, denn es wären erneute Verhandlungen mit den Ländern, Gemeinde- und Kommunalverwaltungen nötig. Die Reichsregierung beabsichtigt, nach Verabschiedung der Vorlage alle in Betracht kommenden Probleme, so auch die Möglichkeit der automatischen Anpassung der Löhne an die Verteuerung mit den Parteien des Reichstages in aller Ruhe und Gründlichkeit zu prüfen.

Abg. Frau Zieg (UEP):

Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir betrachten den uns vorliegenden Gelegenheitswurf betreffend die Erhöhung der Beamten- und Arbeiterbezüge als eine Notmaßnahme, die bezweckt, die Beamten, Angestellten und Arbeiter zu befähigen, den ersten Anprall der gewaltigen Teuerungswelle abzuwehren. Angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig gewerkschaftliche Verhandlungen über die Befoldungsbezüge noch weiter geführt werden, aber das bereits vereinbarte bei der Kollage der Minderbemittelten unter den Beamten und Arbeitern ihnen schnellstens zugewährt werden soll, angesichts der weiteren Tatsache, daß der Finanzminister selerkisch erklärt hat, falls die Auswirkung der neuen Brotverteuerung weitere Lebensmittelsteigerungen nach sich zieht oder andere Ursachen eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise veranlassen, sei die Basis für erneute Verhandlungen betreffend Aufbesserung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter gegeben, wobei alsdann mehr wie bisher die unteren und mittleren Gehaltsklassen berücksichtigt, überhaupt die ganze Befoldungsordnung einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden müsse. Nimmten wir der Vorlage als einer Notmaßnahme zu. Meine Fraktion kann aber nicht umhin, härtesten Protest zu erheben gegen die Lebensmittelpolitik der Regierung, durch die nicht nur die Löhne der Beamten und Angestellten, sondern die der gesamten minderbemittelten Bevölkerung bis zur Unerkennlichkeit gesteigert ist. Wäre unser Antrag statt der 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide 3 1/2 Millionen Tonnen durch das Umlaufverfahren zu einem fest normierten Preise zu erfassen, von der Regierung vertreten und vom Reichstage angenommen worden, würden wir heute nicht vor der Ernährungsnotstande, die noch völlig unübersehbare Konsequenzen allerhöchster Art nach sich ziehen wird, insbesondere schwere Gesundheitsschädigungen weiter Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Für die Beamten möge diese bittere Lehre die Erkenntnis vertiefen, daß sie sich reiflos gewerkschaftlich und politisch organisieren müssen, um nicht nur bei Gehaltsregulierungen und Einkünften in die Ortelassen einen wirtschaftlichen und politischen Einfluß auszuüben, sondern in der Einheitsfront mit allen übrigen Arbeitern, Angestellten und Beamten den Kampf um die Vertretung ihrer gemeinsamen Klasseninteressen in Politik und Oekonomie zu führen. (Beifall bei den U. E.)

Abg. Roenen (Komm.): Unter den Eisenbahnern Sachsens herrscht großes Unbefriedigtsein über die geringen Zugeständnisse der Regierung. In Dresden ist bereits ein Streikbefehl erteilt worden. Soll dieser Streik abgewendet werden, sind sofort Verhandlungen einzuleiten. Seine übrigen Ausführungen sind Ausfälle gegen die U. S. V. und S. P. D., denen er den Vorwurf macht, bei der Revision des Einkommensteuergesetzes die Besitzinteressen vertreten und geschützt zu haben.

Ministerialdirektor Schlieben: Die Vorlage berührt nur die allgemeine Regelung. Ueber die lokalen Regelungen finden weitere Verhandlungen statt.

Abg. Breunig (UEP):

Der Kollege Schulz hat gesagt, ein Oberinspektor habe ein geringeres Einkommen als ein ungelerner Arbeiter von 24 Jahren. Das ist nicht richtig. Der Oberinspektor bezieht insgesamt 32 800 M. jährlich, ein Arbeiter im Alter von 24 Jahren bisher 19 200 M. (Hört! Hört!). Nach der Neuregelung 21 150 M. Daraus gehen die Abzüge noch ab. Der Hinweis auf die Arbeiter hat keine Wirkung darin, daß die Arbeiterbezüge herabgedrückt werden. (Sehr wahr! links.) Roenen hat hier Dinge erzählt, die in den in Betracht kommenden Stellen nicht in dem Maße bekannt sind. Ich möchte sie hier runderum als Märchen bezeichnen. Der Streikbefehl in Dresden ist nach den neuesten Nachrichten gegen eine Stimme wieder aufgehoben. (Heiterkeit u. Hört! Hört!). Trotz der Bemühungen Ihrer Freunde, Herr Kollege Roenen, lassen sich die Eisenbahner nicht zu Unbesonnenheiten verleiten. Sie sind selbstverständlich bereit, in den Kampf zu treten, wenn die Stunde es gebietet. Aber den kommunistischen Kampfpapieren werden sie nichts folgen. (Beifall bei den U. E.)

Abg. Roenen (Komm.): Wenn jetzt die Eisenbahner einen anderen Beschluß gefaßt haben, von dem ich noch nichts weiß (Große Heiterkeit), so bedeutet das nur eine Verlagerung des Streiks. Daß die Eisenbahner Vertrauen zu der Regierung haben, glaubt Breunig selbst nicht.

Damit ist die erste Beratung erledigt. Die zweite Beratung ruft keine Debatte hervor. Bei der dritten Beratung erklärt

Abg. Herß (UEP):

Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß Roenen behaupten ausstellte, daß unsere Partei an der Verschlechterung des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der Bevorrugung des Besitzes mitschuldig sei. Solcher Vorwurf entbehrt jeder Berechtigung. Wenn Roenen Veranlassung genommen hätte, sich bei seinen Parteifreunden im Steuerausschuss zu unterrichten, so würde er erfahren haben, daß gegen die Minderung der Besteuerung des Besitzes

alle drei sozialistischen Parteien härtesten Widerstand geleistet haben

und das alle drei Parteien geschlossen dem Gesetz in ihrer entscheidenden Formulierung ihre Zustimmung gegeben haben, weil die bürgerlichen Parteien der notwendigen Minderung der Steuererträge auf die Arbeitereinkommen nicht zustimmen wollten, wenn die Minderung bei den großen Einkommen nicht durchgehe. Da wollte keine der sozialistischen Parteien die Verantwortung auf sich nehmen, die Minderung bei den unteren Einkommen zu lassen. Die Behauptung Roenens ist also eine Unwahrheit.

Abg. Roenen (Komm.): Auf die Abstimmung im Plenum kommt es an. Ich stelle fest, daß Graf Westarp, gewiß ein unumstößlicher Zeuge (Heiterkeit), geschrieben hat, daß nunmehr das Einkommensteuergesetz von den beiden sozialistischen Parteien im Lande nicht ausgenutzt werden könnte, um den Besitzenden

einen Vorwand daraus zu machen, daß sie erhöhte Ermäßigungen bekommen haben. Sie haben sich die Möglichkeit der Ausnutzung genommen, indem sie mit den Deutschnationalen dem Gesetz zustimmten. (Zuruf: Es waren ja keine da! — Große Heiterkeit.) Sie haben sie bloß nicht gesehen. (Erneute stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. Herß (U. S. V.): Ich gebe zu, daß Graf Westarp ein sehr guter Bundesgenosse des Herrn Roenen ist. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, mich im Einverständnis mit Herrn Roenen zu befinden, wenn ich sage, daß ich mich auf einen noch besseren Zeugen berufen kann, nämlich auf Herrn Hülsmann. Hülsmann hat hier im Plenum zu dem Einkommensteuergesetz gesprochen, hat aber kein Wort fallen lassen, das eine Ablehnung erkennen ließe. (Große Heiterkeit im ganzen Hause.)

Damit ist die Beratung beendet. — Der Entwurf wird unverändert in der Regierungslösung angenommen.

Präsident Lübe teilt mit, daß jenen die Nachricht von dem Tode des Papstes eingelaufen sei. Das Haus erhebt sich, während der Präsident ihm einige ehrende Worte widmet.

Das Gesetz betr. Abgabe für Wohnungsbau wird dem 13. Ausschuss überwiesen.

Abg. Graf Kanitz begründet die von den Deutschnationalen eingebrachte Interpellation über

die Wirtschaftslage in Ostpreußen.

Bei der Ueberbürdung des Reichstages sind bis jetzt berechnigte Sonderwünsche einzelner Länder in den Hintergrund getreten. Die heutige Interpellation soll das Interesse für das bedrängte Ostpreußen wahren. Es ist heute unsere einzige Kolonie. Das Reich und die jetzige Regierung haben bis jetzt sehr wenig Verständnis für die Sonderlage Ostpreußens gehabt. Man ist daran gewöhnt, in Ostpreußen eine Vorhut zu sehen und vertraut auf die Zuverlässigkeit der Einwohner. Ostpreußen braucht aber in wirtschaftlicher wie in moralischer Beziehung Unterstützung, wenn es hart bleiben soll. Der Versaillesvertrag sagt, Ostpreußen solle einen gesicherten Schienenweg haben, der die verlorengegangenen Verbindungen mit dem Reich ersetze. Diese so notwendige Verbindung besteht nur höchst mangelhaft. Die Polen können ihrer jeden Tag Herr werden. Die Frachtenverschickung ist durch die hohen Tarife einfach unmöglich gemacht. Auf der See haben wir kein Recht, deswegen ist uns der Seeweg auch verschlossen. Das Reich muß helfen. Die einzige Hilfsaktion war bis jetzt die Elektrifizierung des Landes, für die 400 Millionen als Darlehn bewilligt wurden. Aber 35 Millionen Mark davon müssen von Ostpreußen allein verzinst werden. Wir fordern von der Regierung ein entschiedenes und durchgreifendes Ostpreußenprogramm, in dem das Interesse für Ostpreußen und die Wichtigkeit seiner Erhaltung für Deutschland klar zum Ausdruck kommt.

Ein Regierungsvertreter, Staatssekretär Stieglitz, erwidert zu dieser Interpellation das Wort, ist aber auf der Presstribüne vollkommen unverständlich.

Die Abg. Cuno (D. Vp.) und Gothein (Dem.) sprechen im Sinne des Interpellanten.

Abg. Jander (S. P. D.): Wir Ostpreußen fühlen uns nicht abgeschüttelt vom Reich, wir sind es. Aber man muß sich schärfen gegen die Art werden, wie die Deutschnationalen in ihrer Presse den Bewohnern immer wieder suggerieren, die Berliner Regierung habe kein Herz und kein Verständnis für Ostpreußen. Sie wollen in der Zeit der Not Ostpreußens ihr parteipolitisches Süppchen lutschen. An den schlechten Verkehrsverhältnissen sind die Deutschnationalen selbst schuld. (Zuruf der Deutschnationalen: Ihre Revolution ist schuld!) Sie hätten vor dem Kriege die Besserung der Verkehrsverhältnisse durchdrücken können. Damals hatten sie andere Interessen.

Abg. Mittwoch (UEP):

Man sollte meinen, daß man sich auch in Ostpreußen die Besserung der Lage der Arbeiterklasse angelegen sein ließe. Wir haben dort Verhältnisse, wie wir sie noch nie gekannt haben. In diesem Ueberflutungsgebiet verlangt man Arbeitern 75 M. für einen Zentner Kartoffeln auf dem Lande ab, in der Stadt sogar 90 M. Dabei wissen wir, daß es dort auch billige Kartoffeln gibt. So z. B. erhielten die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei den Zentner für 25 M. Wir haben bereits einmal den Antrag gestellt, daß man die Namen der Wucherer öffentlich anprangern lasse. Aber da waren es die Vertreter der Rechte, die sich mit aller Macht dagegen stemmten. Die Zahl der Arbeitslosen in Ostpreußen wächst sowohl auf dem Lande wie in den Städten.

Die Löhne sind erbärmlich niedrig.

Wie gut aber geht es dabei der großen Landwirtschaft! Die Realität ist draus und dran, wieder in die Hand zu nehmen, was sie solange in Händen gehabt hat. Das alles sind Dinge, die durchaus nicht geeignet sind, die ostpreussische Bevölkerung zu vereinen, so wie man es hier und auch sonst wiederholt mit tönenden Worten verlangt hat. Die ostpreussische große Landwirtschaft verlangt polnische Arbeiter als Lohndrücker. Als ihnen das nicht gelang, sollten deutsche Arbeiter unter polnischen Vorarbeitern zu den denkbar niedrigsten Löhnen arbeiten. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß es Güter gibt, in denen zehn bis zwölf Inststellen frei sind, weil man es nicht für notwendig erachtet, die Arbeiter wie Menschen zu behandeln. Die Arbeiter aber werden kämpfen, bis sie ihre Forderungen, bessere Verhältnisse für sich und alle Minderbemittelten zu schaffen, durchgesetzt haben. (Beifall bei den U. E.)

Abg. Hende mann (Komm.) wendet sich in längeren scharfen Ausführungen gegen die Rechte, wobei er sich mehrere Ordnungsrufe holt.

Abg. Hensel (Dtn.) Schluswort: Alle Redner waren sich darüber einig, daß von der Regierung mehr gesehen müsse. Vor der Abstimmung hat man den Ostpreußen gesagt: Seid uns treu, dann werden wir alles für Euch tun, doch die Ostpreußen warten noch jetzt auf den Dank des Reiches. Die Regierung muß in Ostpreußen das Deutschtum beschirmen und beschützen.

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Nach Erledigung von Petitionen verlagert sich das Haus auf Montag, den 22. Januar, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers. Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln. Schulgesetz.

Kampf gegen die Immunität

Preussischer Landtag

Aus dem Landtag wird uns geschrieben: Die Sonnabendung des Preussischen Landtages, in der nicht weniger als viermal die Aufhebung der Immunität gegen ebensolche kommunistische Mitglieder des Hauses auf der Tagesordnung stand, nahm keineswegs den dramatischen Verlauf, der wohl von mancher Seite erwartet wurde.

Nur einmal wurde die Szene lebendig, als der Abgeordnete Rosenfeld von der rechtssozialistischen Partei eine beschämend reaktionäre Rede hielt, die selbst bei einem Teil seiner Parteifreunde keinen Anklang fand. Von kommunistischer Seite wurde er mit Zurufen wie Jubas usw. bedacht und bei seinem Abgang erregte er stürmische Bußrufe.

Genosse Meier wendet sich nochmals scharf gegen die durch die Diätenentziehung getränkte Verschlechterung der Geschäftsordnung, während sich der rechtssozialistische Gegenpoli vergebens bemühte, die Haltung seiner Partei aus nur sachlichen Motiven zu erklären. Bei den Anträgen auf Aufhebung der Immunität wegen Hochverrats handelte es sich um die Abgeordneten Stieglitz, Schönbed, Eberlein und Scholem.

Im Fall Stieglitz wurde durch die Unachtsamkeit der Rechten der Antrag auf Aufhebung der Immunität abgelehnt. Im Fall Schönbed erregte sich durch die Stimmeneinstellung von UEP und SPD die Beschlussunfähigkeit des Hauses, worauf der Abgeordnete Franz Krüger im Fall Eberlein die Ver-

tagung der Abstimmung auf Dienstag beantragte. Auf diesem öffentlichen Veranlassung des Präsidiums, der sich anscheinend nur als Präsident der Mehrheit betrautet, wurde die SPD, durch ein Mitglied des Bureau's aufgefordert, auch im Fall Scholem die Vertagung der Abstimmung zu beantragen, welches löbliche Beschlüsse aber dadurch vereitelt wurde, daß der Jenunftsabgeordnete Geuer im Fall Scholem die Rückverweisung an die Kommission beantragte.

Unser Genosse Theodor Liebknecht hatte in allen vier Fällen mit durchschlagenden Gründen die juristische Unhaltbarkeit der Anträge auf Hochverrat dargelegt. Mit Nachdruck vertat er den grundsätzlichen Standpunkt unserer Partei in bezug auf die Wahrung d. Immunität. Genosse Liebknecht ließ sich bei seinen Ausführungen hauptsächlich von dem in Rechtsfragen allein maßgebenden Grundsatz leiten, daß die politische Seite der Anträge streng von der juristischen zu trennen sei. Unser Genosse zog dabei Parallelen zum Rapp-Puffsch, wo viel schlimmere Verbrechen verübt wurden — man denke u. a. auch an die Verwundung der Reichsbank! — ohne daß sich ein Staatsanwalt zum Einschreiten veranlaßt sah.

Im übrigen ist ja der Standpunkt unserer Partei zum Märzputsch hinreichend bekannt: Ablehnung jeder politischen Solidarität mit der R. V. D. aber Solidarität gegenüber den Arbeitern und vor allem den Opfern der Aktion und ebenso entschiedene Verurteilung der politischen Urheber der Aktion der Rachejustiz der Bourgeoisie auszuschließen.

Die Sitzung schloß mit einem warmen Nachruf des Präsidenten Leinert auf den Papsi. Die Mitglieder der U. S. V. D. und R. V. D. Fraktionen lehnten es lebhaft ab, daß an dieser Ehrung eines dem Proletariat feindlich gesinnten Ausländers zu beteiligen.

Zentralauschussung der KPD.

Von W. Aldemar.

Wir sind durch die diskursive Erhebung eines Mitarbeiter bereits in der Lage, einen Bericht über die heute stattfindende Sitzung des Zentralauschusses der K. P. D. zu bringen.

Dieser eröffnete 10.15 Uhr die Sitzung und erteilt dem „größten Marxisten Westeuropas“ das Wort zu seinem Bericht über die politische Lage.

August: Lieberworte Genossen! Alles flieht, dieses Wort des griechischen Philosophen hat nie besser gegolten als heute. Sich dieser Situation anzupassen, ist die Kunst des wahren Marxisten und aufrichtigen Revolutionärs. Nichts wäre verkehrter, als aus Pietät an verrosteten Theorien zu hängen. Fort mit dem Plunder. Fort mit der Offenbar, der Defensiv- und der Relativitätstheorie. Heute kann nur die Entlassungsstrategie zum Ziele führen (Bravo). Deshalb müssen wir — mein Freund Bremer hat schon den Boden dafür vorbereitet — Genossen, ich bitte nicht zu erschrecken, die Barocke der Beteiligung an der Regierung in den Vordergrund stellen. (Hört! Hört!) Ja Genossen, wir müssen nicht nur in den Gewerkschaften, nein auch in den Ministerien kommunistische Zellen bilden. Wir müssen dort Ministerien erobern. (Hört! Hört!) Warum Genossen? Nicht um des lumpigen Gehaltes willen, nein um die Verräter zu brandmarken, um die Sinnestrenne der UEP und SPD zu entlarven. (Lebhafte Zustimmung!) Dann werden die Säufte Karbe bekennen müssen, das Gesindel wird bloßgestellt und so die Einheitsfront des Proletariats hergestellt werden. (Lebhafte Beifall.)

Eine entsprechende Resolution wird einstimmig und diskussionslos angenommen, weil Maslow durch einen schlaunen Trick kühnartig den Saal verlassen muß. Unter dem Vorwand, bei Sarotti getretetes Konjekt zu versuchen, hat ihn nämlich Karlchen drei Schachteln Parmentier mitnehmen lassen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Hinauswurf der Neolepisten“ erhält das Wort zur Geschäftsordnung:

Friesland: Genossen von gestern! Macht die Sache kurz und schmerzlos. Wie ihr zu denken und zu entscheiden habt, ist euch durch eine Moskauer Bann-Bulle vorgeschrieben. Gebt euch nicht die nutzlose Mühe, die ausnahmsweise in gutes Deutsch übersetzten Sachen verhandelt wiederanzuhören. Beschließt den Ausschluß der Einheitsfront! (Diskussionslos, wie es das Auge von Maslow auch befaßt.)

Frühling: Ich beantrage Verlesung des Moskauer Briefes und hierauf sofortige Abstimmung.

Gefühl: Während der Verlesung erheben sich alle Anwesenden mit Ausnahme der Rekonisten von den Sitzen. Unter dem Gehong des Liedes „Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht“ verlassen Friesland, Braß, Franken u. a. den Saal.

Es erhält hierauf das Wort:

Eberlein: „Teure Genossen!

Endlich sind wir allein! In der reinen Luft des reinen unverfälschten Kommunismus, wo es keine Verräter, Renegaten und unbrauchbare Zündschnüre mehr gibt. Die kleine, reine aber feine Partei wird das deutsche Proletariat zum Siege führen. Genossen, hebt die Hand gegen den Osten zum heiligen Schwur. Weiterzukämpfen und auszuhalten bis zum letzten Rubel, den wir von Maslow erhalten!“ (Lebhafte Beifall.)

Inzwischen ist wieder im Saal erschienen

Maslow: „Genossen! Ich will mich im Interesse der Parteidisziplin kurz fassen und nicht auf das eingehen, was das Kindvieh von Trocki über mich geschrieben hat. Ich habe es August in die Hand versperren müssen, ruhig zu sein. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Aber was Eberlein hier sagt, das geht mir doch über die Lippen. Wir sind noch lange nicht gereinigt. Der Wurm des Opportunismus sitzt bei uns tief im Mark. Ich beantrage die Einsetzung einer Kommission, die jeden einzelnen Genossen auf Herz und Nieren prüft. Mindestens 1/3 der Mitglieder muß fliegen, dann erst werden wir die Partei sein, die sich dann mit Stolz nicht Vereinigter, aber Gereinigter kommunistischer Partei Deutschlands nennen darf. (Teilweise Zustimmung.)

Heinrich: „Genossen! Etwas wollte ich ja auch heute nicht reden. Aber aus einem Brief, der in meine Hände gekommen ist — (Zuruf: Haben Sie auch den „Schmutzigen Dieb“ geplatzt?) Nein, ich war so anständig, dem Adressaten wenigstens eine Kopie zu übergeben — habe ich festgestellt, daß das Uebel tatsächlich tiefer sitzt, als wir ahnen. Ich schicke mich dem Vorschlag Maslows an und beantrage die Abhaltung einer neuen Reinigungssitzung am 22. Februar.“ Wird einstimmig aufgegeben. Die Sitzung wird unter dem Absingen des Liedes „Du mein Turkestan“ geschlossen.

Kein Hochverratsverfahren gegen den ober-schlesischen Adel. Im Anschluß an eine Beschlusnahme des Hamburzer Welt-Verbands hattes, das feinerzeit eine Anzahl ober-schlesischer Adliger Geldgeber des Korps Oberland erwiesen seien, wurde gemeldet, daß der Oberstaatsanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet habe gegen den Grafen Brachma, den Grafen Eberharts und die Gräfin Saurma-Kettlich. Wie die R. V. D. von unabhängiger Seite erfahren, kennen diese Dinge schon reichlich weit zurück: nach Mitteilung des Oberstaatsanwalts ist das Verfahren gegen die Genannten schon im November eingestellt worden. — Wir hatten die betreffenden Korps mit der „Schwarze Warten“ verleben. Unser Zweifel hat sich bestätigt. Man muß in der deutschen Revolution zum wahren Stande gehören, um als kriminelle oder politische Uebeltäter eine milde Justiz zu finden.

Zähne 5 u. 8 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Refusion bei Bestimmung von Fehlern nach Kronen u. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Extraktkosten.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Das Berliner Gewerkschaftshaus einst und jetzt

Gedanken am Engelfufer

Mit seinen wuchtigen, hochauftretenden und bei aller Einfachheit doch schwingeliebenden roten Ziegelmassen stand der Bau am Engelfufer einmal da wie eine Trutzburg des ringenden, Aufstieg begehrenden Proletariats.

Das war damals, als er noch alles in sich barg was mit dem gewerkschaftlichen und politischen Kampf für die Sache der Freiheit nur irgend zusammenhing. In seinem Inneren gar nicht und im Äußeren nur wenig verändert, scheint es doch nicht mehr ganz das alte Berliner Gewerkschaftshaus zu sein. Wir werden auch hier wie überall der Erscheinung inne, daß Häuser, an denen keine Hand etwas ändert, nicht unänderlich sind, daß sie vielmehr nur so aussehen, wie sie von dem Menschen, dem schnellsten veränderlichen Spielball von Zeit und Verhältnissen, gesehen werden. Wir empfinden dann an irgendeiner Sache, einem Gegenstand keine Freude mehr, weil der Zauber in uns selbst nicht mehr vorhanden ist, von dem wir meinten, er würde durch die Sache auf uns ausgeübt, während wir ihn in Wirklichkeit von uns in sie hineintrugen.

Das Schwand unserer romantischen Anschauungen ist eine zwingende Folge veränderter Verhältnisse, die unsere Seele beeinflussen und gestalten. Sieben wir heute vor dem Gewerkschaftshaus mit ganz ungleichen Gefühlen gegen einst, so muß eben in uns und außer uns viel geschehen sein, was diesen Stimmungswandel rechtfertigt und erklärt. Und das ist der Fall.

Wie es war

Gehen wir etwas zurück in die Vergangenheit. Es ist unbestreitbar: Früher bestand menschlich ein ganz anderer, ein weit engerer Zusammenhang zwischen den Kreisen der Arbeiterschaft und den Einrichtungen, die sie aus sich und für sich selbst geschaffen. Es war schwer, zu entscheiden, wo sich Gewerkschaftliches, Politisches oder rein Menschliches voneinander trennen. Geist der Zusammengehörigkeit, menschliches Gemeinschaftsgefühl, ungewollene Kameradschaftlichkeit waren das Vorherrschende und allein Bestimmende.

Damals hatte der rote Bau am Engelfufer ein echt und recht proletarisches und stark menschliches Gesicht. Es wogte von Arbeitern und Arbeitslosen, und Schulleute stellten ständig vor den Türen getreue Wacht. Das Proletariat, das nicht ein Restaurant im bürgerlichen Stil aufsuchen konnte oder wollte, hatte seine eigene Wärmeküche, seine Stehberghalle, in der den ganzen Tag ein Kommen und Gehen war, so daß man sich leicht ins Berliner Arbeiterleben vertiefen konnte. Im Restaurant sah man die Großen des gewerkschaftlichen Lebens in ihrer ganzen Schlichtheit und Ungezogenheit — ach, man war ja damals selbst noch Untertan mit Untertanen und nicht Träger von Staatsgewalt — und in der Herberge war das ganze bunte, wanderfellige Treiben des deutschen Handwerksburschen, jenes köstliche Bild, dessen Schwanden man die Freude im Volksleben zerstreut hat. Es waren damals lebendige Tage im Gewerkschaftshaus. Feierte man dort ein Fest, dann traf man das ganze geistige sozialistische Berlin und mit ihm viel Herzlichkeit und Menschlichkeit. Dann schienen auch die prächtigen Bilder, die im großen Saal an zwei Wänden von der Schmach des Proletariats nach Freiheit und Glück länden, anzuleuchten und ins Gewaltige zu wachsen.

Wie es ist

Es sieht heute anders aus. Die Schulleute sind verschunden. Drinnen herrscht immer noch ein ständiges Kommen und Gehen, aber es ist kein Bleiben mehr. Auf Gängen und Treppen drängt sich zusammen, was Geschäftliches zu erledigen hat, und wenn dies geschehen ist, dann eilt man zurück in eine der vielen Stadien des Berliner Stadtbildes. Der proletarische Aufenthaltsraum, die Stehberghalle, ist nicht mehr vorhanden, und schon ist auch die Herberge etwas verkleinert und vielleicht in ihrem Bestand ganz bedroht. Die Raumnot, der gesteigerte Bedarf gewerkschaftlicher Entwicklung an Arbeitsräumen tritt auf, was bisher nur menschlichem Zusammensein gedient. Raum ein Winkel im Haus wird nicht in den Dienst der Arbeit gestellt. Bureauräume sind kostbar. Der Bedarf nach ihnen fragt nicht nach menschlicher Freude. Auch nicht nach der Armut, die gemeinsam Kost tragen, gemeinschaftlich Ablenkung suchen will. Menschen in Not werden immer mehr hinausgedrängt an die Peripherie, verschwinden immer mehr im Dunkeln einer der großen Städte, die man hier Vororte nennt, verstreuen in immer größerer Nähe ihr Elend vor den neugierigen Augen der inneren Stadt, so daß man meinen könnte, es müße gar nicht so schlimm mit dem Elend in Berlin sein. In Wahrheit ist es unglücklich.

Wollen wir das erdrückende Gewicht erkennen, das die wirtschaftlichen Verhältnisse über alle anderen Verhältnisse von Menschen und Gesamtheit gewinnen, dann brauchen wir nur unsere eigenen Stätten aufzusuchen. Dem Berliner Gewerkschaftshaus geht es nur wie allen anderen. Wo in der Zeit des kämpfenden Hoffens ein starker Brennpunkt des Menschlichen war, drängt in den Tagen des Kampfes nach der Enttäuschung ein übervolles Maß von Arbeitslosigkeit, dem der Mangel an Raum lähmend entgegensteht, zu einem Vorübergehen am Menschlichen. Es sind viele deutsche Gewerkschaftshäuser, die heute schon ihre Herbergen in Arbeitsräume umwandeln, umwandeln mußten. Es ist traurig, ja, es ist furchtbar, erkennen zu müssen, wie wenig selbst in sozialistischen Kreisen dem rein Menschlichen Rechnung ge-

tragen werden kann, aber gerade diese Erkenntnis, die gleichbedeutend ist mit dem völligen Wahrnehmen der ungeheuren Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse stellt aufs schärfste die Notwendigkeit größter Arbeitsentfaltung im Abwehrkampf vor Augen.

Der Zwang der Verhältnisse

Arbeiterherbergen waren einmal ein Besitz sozialistischer Kultur. Sie mühten es heute mehr als je sein, sie mühten neu gegründet werden, wo sie noch nicht sind um der schlimmsten Verelendung von Arbeitslosen vorzubeugen. Aber die Verhältnisse gehen anderen Gang. Sie überfallen den Einzelmenschen sich selbst. Sie gestalten dem Stärksten, sich zu halten, und schleudern den Schwachen in Dunkel und Untergang. Man sieht auch in einer Arbeiterherberge heute nicht die schlimmsten Elendsbilder. Wer der bittersten Not verfallen ist, kann dorthin nicht mehr den Weg finden. Wer in Lumpen ist, kommt heute nicht mehr so leicht aus ihnen heraus. Es ist fast eine bessere Sicht, die sich in der Herberge aufhält, aber wenn man sich mit diesen Dingen unterhält, kommt tiefe Gedrücktheit zum Ausdruck, Sorge, die die Seele des Menschen zerfetzt, wie seitdem Körper während des Krieges die Läuse zernagt haben, und die Angst, auch diese letzte Heimstätte zu verlieren und der Straße, dem Asyl für Obdachlose, dem Gefängnis zu verfallen.

Wo man hinkommt in Berlin, hört man, wenn man nur hören will, eine ernste und eindringliche Sprache. Sie verstimmt in ihrem Wahren auch nicht in den eigenen Häusern, die wir einmal als Schlösser unserer Hoffnung erbauten. Kein, gerade dort will sie ganz besonders deutlich vernommen werden. Sie will uns unauffällig sagen: Denkt nach, warum innerhalb der Bewegung selbst so viel an Menschlichem verloren ging, warum heute selbst dort Bureaumatismus eindringt und harig, kalte Fron, wo das glänzendste Menschliche erwartet und verlangt werden mußte.

Solchen Gedanken gibt man sich auch hin, wenn einen der Weg am Engelfufer vorbei führt. Und man erkennt, daß erst mit der Zerstörung der Wirtschaftsförderung auch dort wieder die stolze alte Trutzburg erstehen wird.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung

Es sollte sich von selbst verstehen, daß jeder, der sich in der Arbeiterbewegung betätigt, die Vergangenheit dieser Bewegung wenigstens in ihren hauptsächlichsten Eschetzungen und Zusammenhängen kennt. Bildet doch die Vergangenheit das Fundament, auf dem sich das Gebäude der Gegenwart und Zukunft erhebt. Leider sind jedoch die Kenntnisse auf diesem Gebiete in den weit-aus meisten Fällen höchst dürftig und fragwürdig, was um so bedauerlicher ist, als vielfach Probleme aufzutauchen, die nur denjenigen, dem die Vergangenheit ein Buch mit sieben Siegeln ist, oerwirren und aufhalten, während sie für den historisch Bewanderten überhaupt nichts Schwieriges an sich haben. Hierunter leidet die Bewegung und gerät nicht selten in Schwierigkeiten, die besser vermieden bleiben.

Ein ungemein wichtiges Kapitel aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland behandelt der Gen. Eugen Prager im Rahmen der demnächst beginnenden neuen Lehrperiode unserer Arbeiter-Bildungsschule, nämlich die Geschichte des proletarischen Emanzipationskampfes vom Kriegsausbruch bis zur Gegenwart. Prager ist wie kein anderer berufen, dies in zweckmäßiger Weise zu tun. Ein in diesen Tagen erschienenes Buch über die „Geschichte der U. S. P. D.“ vereinigt in sich die Vorteile einer klaren, sachlichen und historisch treuen Schilderung des Wesentlichen mit denen einer warmen, fesselnden Schreibweise, die im besten Sinne des Wortes volkstümlich und außerordentlich einprägnant ist. In einem Kursus, der der gesamten Parteigenossenschaft hiermit angelegentlich empfohlen sei, wird Genosse Prager insbesondere die folgenden Themen erörtern:

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands vor dem Kriege. — Die Arbeiterbewegung vor Kriegsausbruch. — Die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege. — Die Politik des 4. August 1914. — Kriegsausbruch und Kriegsvorfälle. — Die Opposition gegen die Kriegspolitik der Partei. — Die Stellung der Gewerkschaften. — Sozialpolitische Rückbildung. — Die Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung. —

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verhinderung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbezieher für den Monat Februar 1922 zu vermeiden, bitten wir darum, das Abonnement sofort, spätestens aber bis zum 25. d. M., zu erneuern. Befehlungen nimmt jedes Postamt und jeder Briefträger entgegen. Bei verspäteter Neubestellung sind Verzögerungen in der Zustellung unvermeidlich und übernimmt dann die Post keine Verantwortung.

Der Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Die Unterdrückung der Opposition. — Die Versuche zum Wiederaufbau der Internationale. — Die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. — Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei. — Die Hinausdrängung der Opposition. — Die verschiedenen Tendenzen in der Opposition. — Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie. — Die Konferenz von Stockholm. — Der Einfluß der russischen Revolution auf die deutsche Arbeiterbewegung. — Der Zusammenbruch der Mittelmächte. — Die Ereignisse des Dezember 1918. — Die Gründung des Spartakusbundes. — Die Unabhängige Sozialdemokratie nach dem Kriege. — Die sozialdemokratische Partei während der Revolution. — Die Gewerkschaften und die Arbeitsgemeinschaften. — Der Kosle-Kurs. — Der Kampf um den Friedensschluß. — Die Aufwärtsbewegung der Unabhängigen Sozialdemokratie. — Die Frage der Internationale. — Der Leipziger Parteitag von 1919. — Der Kapp-Putsch und seine Folgen. — Die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie durch den russischen Kommunismus. — Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Halleschen Parteitag. — Die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage am Jahresende 1921. — Die Aussichten der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung.

Der Kursus beginnt am 27. Januar und findet jeweils am Freitag abends in der Zeit von 7 Uhr an in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, statt. Das Hörgeld beträgt 7,50 M. Anmeldungen werden im Bureau der Schule und an den Kursusabenden entgegengenommen.

Ausschreitungen von Kriminalbeamten

Empörende Brutalitäten bei einer Razzia

Man schreibt uns: In der Nacht vom 17. auf den 18., zwischen 12 und 1 Uhr, fand am Schlesischen Bahnhof eine Razzia statt. Beamte der Berliner Kriminalpolizei — von welchem Duzerat war nicht festzustellen — fielen gelegentlich derselben auch in ein Lokal in der Madalistrasse ein, ohne sich zu legitimieren. Als der Wirt dies verlangte, erhielt er einen Faustschlag aufs Auge und wurde gefesselt zur Wache geführt. Die Frau des Wirtes, die erst auf den Lärm hin nach dem Gastraum gekommen war und durch die brutale Behandlung ihres Mannes sich in begrifflicher Erregung befand, äußerte sich dementsprechend, ohne das Maß des Erlaubten zu überschreiten. Sie wurde daraufhin gleichfalls von drei Beamten so zugerichtet, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Man hatte ihr buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen.

Diese empörenden Szenen gaben den anwesenden Gästen Veranlassung, ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben. Daraufhin wurde einer von ihnen, ein Invalide mit nur einem Bein, von einem der Beamten gepackt und hingeschleudert, so daß sein künstliches Bein in die Brüche ging. Alle Anwesenden mühten dann den Weg zur Wache anzutreten. Da der Wirt Strafandrohung stellen wollte, verlor er auf der Wache den Namen des Leiters der Streife festzustellen. Eine diesbezügliche Frage wurde mit dem Hinweis auf des Gastwirts Beantwortung, dem täglich angegriffenen Gast erging es nicht anders. Man schickte ihn von Postbus zu Postbus und machte sich schließlich noch lustig über ihn.

Trotzdem ich selbst sehr häßlich behandelt wurde, fühle ich mich verpflichtet, Zeugnis für die Wahrheit des oben Geschilderten abzulegen. Weitere einwandfreie Zeugen sind vorhanden.

Wir beschränken uns zunächst auf die Wiedergabe der vorstehenden Zeitschrift. Eine Vorstellung von der außerordentlichen Rohheit, mit der die Beamten vorgingen, geben die folgenden Dokumente:

Medizisches Zeugnis

Es erscheint Frau Martha Pflanz aus Berlin, Madalistr. 10, vorn pl., am 18. Januar 1922 um 1 Uhr 20 Min. vormittags auf der Rettungskstelle 13 und gibt an, daß sie in ihrem Lokal am Halfe gewürgt und mit dem Fuß gegen die Leber getreten worden ist. Frau Pflanz klagt über Leibschmerzen und Schulterschmerzen. Eine Untersuchung ergibt zahlreiche Hautabfärbungen am Hals, an der rechten Schulter und eine Druckschmerzhaftigkeit in der Lebergegend. Es ist durchaus glaubhaft, daß die Verletzungen und die geflagten Beschwerden auf die obige Ursache zurückzuführen sind.

Es erscheint Herr Gastwirt Pflanz, usw. wie oben, und gibt an, daß er in seinem Lokal mit der Faust in das linke Auge geschlagen worden ist. Herr Pflanz klagt über Kopfschmerzen und Schmerzen im linken Handgelenk, die nach seiner Angabe von einer Fesselung herkommen. Die Untersuchung ergibt eine Schwellung des linken Auges, einen etwa bohnengroßen Bluterguß des linken Oberlides und eine konjunktivale Blutung am äußeren linken Augenwinkel, außerdem mehrere Hautabfärbungen an beiden Handgelenken. Es ist durchaus glaubhaft, daß die Verletzungen und die geflagten Beschwerden auf die obige Ursache zurückzuführen sind.

Es versteht sich von selbst, daß sofort eine strenge Untersuchung mit dem Ziele der Bestrafung der schuldigen Beamten eingeleitet werden muß.

PRYM'S ZUKUNFTSDRUCKKNOPF

WILLIAM PRYM
G. * M. * B. * H.

DIE WELTMARKE

STOLBERG RHLD
BERLIN C2 WIEN 1

Der Brand der Carottfabrik

Noch keine einwandfreie Untersuchung

Schneller wie man erwarten durfte wird eine amtliche Feststellung über den Kiefelbrand in Tempelhof verbreitet. Allerdings hat die Sachverständigen den kleinen Mangel, daß an der Feststellung nicht die Kreise teilgenommen haben, die in erster Linie mit dazu berufen sind. Es ist daher weiter nicht verwunderlich, wenn die Feststellungen ergeben haben, daß die eigentlichen Schuldigen des Unglücks die am härtesten betroffenen Arbeiter sind. Auf diese Weise hofft man wohl am ehesten den von den Arbeitern zu stellenden Forderungen am leichtesten zu begegnen.

Das Feuer soll angeblich durch eine weggeworfene, noch brennende Zigarette entstanden sein. Diese Feststellung zu treffen, ist ein besonderer Freundchaftsdiens für die Direktion. Man kann sich nur darüber wundern, wenn man nicht weiß, daß Vertreter der Arbeiterschaft und des Beamtenschaftsausschusses der Feuerwehr an der Feststellung nicht teilgenommen haben, sondern gemeldet wird, daß außer dem Branddirektor Reichel ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, ein Vertreter des Polizeipräsidenten, „zahlreiche Offiziere“ und „andere Interessenten“ die Brandstelle besichtigten.

Am Montag soll beziehungsweise die Technische Ratshilfe die weitere Abklärung und Aufräumungsarbeiten übernehmen. Nicht genau damit, daß die Zahl der Arbeitslosen durch die vorgekommenen Unfälle ohnehin vermehrt wird, wird hierauf auf diese Weise der Versuch gemacht, einwandfreie Feststellungen, die tatsächlich erst bei der Aufräumung erfolgen können, zu verhindern. Zur Verhütung für die Arbeiterschaft wird mitgeteilt, daß man sie anderweitig beschäftigen will und daß man damit rechnet, in vier Monaten den Betrieb wieder aufzunehmen.

Die Löscharbeiten

Die Fabrikfeuerwehr versuchte anfangs mit Maximaxparaten, die vollständig versagten, und mit der eigenen Feuerlöschvorrichtung, die ebenfalls unzureichend war, des immer mehr um sich greifenden Feuers in dem Keller- und Erdgeschloß Herr zu werden. Des mißlang. Bald bildeten die 100 Meter langen und 60 Meter breiten Kellereien, angefüllt mit allerhand Vorräten und Padmaterialien usw., ein einziges Flammenmeer. Die nun gegen 10 1/2 Uhr eingetretene freiwillige Feuerwehr aus Tempelhof und Mariendorf griff wader und mit unüberwindlicher Tapferkeit an, war aber bei der Ausdehnung des Brandes machtlos. Nun erschienen andere freiwillige Wehren und die Berufsfeuerwehr aus Neukölln mit Branddirektor Bodewitz, der sich eine Handverletzung zuzog. Auch sie vermochten nicht, die Flammen einzuschränken. Nun erst ausrückte man die Berliner Wehr, die, von der Größe der Gefahr nicht unterrichtet, um 11 1/2 Uhr erst den 8. Zug entsandte, der dann bei seiner Ankunft bald Hilfe verlangte, worauf erst 2 und dann 2 weitere Züge ausrückten.

Es gelang, den ausgebreiteten Neubau zu haken und sämtliche Maschinen- und Bureauräume zu löschen. Es war nicht mehr möglich, den Häuserbau zu retten. Er brannte bis auf die Kantine, einige Bureauräume usw., die durch Brandmauern geschützt waren, fast total aus. Auch die im 5. Geschloß befindlichen Silos und 14 Bunker mit 6000 Ztr. Kakaobohnen gingen am Sonnabend vormittag, um 8 Uhr an zu brennen. Man hofft aber, den Inhalet zu retten. Ununterbrochen wurde den ganzen Sonnabend hindurch tüchtig gelöscht. Dicker Qualm, der das Atmen sehr erschwerte, lagerte sich überall in den Geschossen und verhinderte gestern noch die Uebersicht.

An der Brandstelle

Am Sonnabend mußte die Löscharbeit noch während des ganzen Tages fortgesetzt werden. Überall rauchte es, überall lag der Brandschutt, die zahllosen Maschinen, Koffapparate, Schotola-De, Waagen, Pralinees, Kakaobohnen und -hüllen, Padmaterialien, Wappe u. a. fast hoch in dem geschwärzten, noch schwelenden Schutt der ausgebrannten weiten und offenen Räume, in denen keine Fensterheben, kein Holzteil, kein brennbarer Gegenstand übrig geblieben war. Unbeschreiblich wüßte es in den weiten Hallen aus, von denen nur noch die Innen- und Außenwände gut erhalten waren. Selbst die eisernen Türen und die feuerfesteren Pfeiler, die Kunsttreppen, die feuerfesten Deckenkonstruktionen, die eisernen Geländer in den Treppenaufgängen, der Belag der Fußböden, Eingänge usw. hatten sehr gelitten, ebenso die Aufzüge, die Kakaosortierei und die Kakaomaschinen. Am ärgsten sah es aber in den Kellereien aus. Fast hoch lag die Schotolade, vermischt mit Schmutz, Kakaos und allen anderen Dingen, überall umher. Bis an die Höhe verjaht man in diesen undefinierbaren Notat.

Der Celly de Rheydt-Prozess

Nach Eröffnung der heutigen Verhandlung gab Rechtsanwalt Grünspach eine längere Erklärung ab, die sich in der Hauptsache mit einer Weigerung befaßte, die er, nach Angabe des Zeugen Pfarrer Hoppe, angeblich in dem Prozeß wegen des „Bennswagens“ geübt haben sollte.

Hierauf ergreift Staatsanwaltschaftsrat Heerer das Wort zur Begründung der Anklage: Die Würdigung der einzelnen Ergebnisse der Beweisaufnahme soll eine Beantwortung der Frage erbringen: Sind die Darbietungen des Celly-de-Rheydt-Balletts als unzüchtig anzusprechen oder nicht? Ich kann mich dabei kurz fassen, da ich hier vor einer Sonderkammer stehe, die sich stündlich mit der Materie der Paragrafen 183 und 184 St.-G.-B. zu befassen hat. Ich kann mich deshalb auf die Nachprüfung der einen Frage beschränken: Ist das Zurückschauen mehr oder minder nachher Körper in den Tänzen, Bildern und Filmen unter den Umständen, unter denen es hier erfolgt ist, geeignet, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl eines normalen Menschen in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen? Es ist zuzugeben, daß ein wahrer Künstler mit seinem qualifizierten Auge lediglich das wirklich Schöne, die künstlerische Linie der Frauenkörper, ihre Anpassung an die Musik usw. sieht und sich nicht durch die ihn umgebende

Mein- und Selbstmahnung eines Kabarettstückchens beeinflussen läßt. Der Vertreter der Anklage kommt zu dem Schluß, daß das künstlerische Moment heute und diese Länge deshalb unzüchtig sind. Dazu kommt, daß das Publikum im Kabarett in lächerlicher Weise darauf hingewiesen wurde, daß es dort galt Fleisch und Fleischliches zu zeigen, denn anders könne die Anfündigung des Conférenciers, „Die Damen müßten sich erst ausziehen“, nicht aufgefaßt werden und sei auch, wie ein gewisses Gelächter beweisen habe, nicht anders aufgefaßt worden. Von den Filmen betrachtet der Anklagevertreter die Filme „Gardas“, „Frühlingssätze“, „Walzer“, „Latententanz“ und „Paraguay“ als unzüchtig.

Darauf nimmt Rechtsanwalt Dr. Arthur Wolff zu seinen Ausführungen für die Angekl. Sewelof das Wort. Er stellte in den Vordergrund seiner Erörterungen die Frage, ob den Angeklagten das Bewußtsein der Strafbarkeit dieser Tanaufführungen innewohnend habe. Der Prozeß ist in rechtlicher Beziehung ein Novum und eine Unmöglichkeit. In den verschiedensten Städten haben sich die amtlichen zuständigen Stellen, Polizeipräsidenten, Staatsanwaltschaft, amtliche Gutachter, die Rebenste Strafkammer, das Polizeipräsidentium in Schöneberg, Gen. Rat Weiswanz usw., mit diesen Tanaufführungen beschäftigt und sind immer dazu gekommen, ein Einschreiten abzulehnen, da die Unzüchtigkeit nicht zu bejahen sei. In seinen Schlußausführungen erklärte R.-A. Dr. Arthur Wolff, daß das deutsche Volk der recht zweifelhaften Meinung der Professoren Weiswanz, der wohl hier bloß deshalb nicht erschienen sei, weil er sich von seiner „Reigen“-Niederlage noch nicht erholte habe, nicht bedürfe. Das Gericht möge jetzt hier durch ein freisprechendes Urteil von dem deutschen Volke den Fluch der Unsicherheit nehmen, der dann auf die Urheber dieser ganzen Aktion zurückfallen werde.

R.-A. Grünspach geht auf die rein juristische Beurteilung der Sache ein und kommt zu dem Schluß, daß unbedingt ein freisprechendes Urteil erfolgen müsse.

Auch Rechtsanwalt Dr. Richard Treitel kommt nach längeren Rechtsausführungen zu dem Schluß, daß der von ihm vertretene Kabarettregisseur Heinz Juch in keiner Weise gegen die Gesetze verstoßen habe.

Rechtsanwalt Dr. Thoma machte bezüglich der Angeklagten Ella Schulz geltend, daß diese eine benutzte Sonderstellung den übrigen Angeklagten gegenüber einnehme, da nach einstimmigem Gutachten aller vernommenen Sachverständiger von ihr wirklich positive Kunst geleistet worden sei.

Auch bezüglich der übrigen Angeklagten beantragten die Rechtsanwälte Dr. Ludwig Freundlich, Dr. Herbert Kuerbach und Wandenesche die Freisprechung aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen.

Nach einem längeren Schlußwort der einzelnen Angeklagten wird die Verhandlung von dem Vorsitzenden bis 5 Uhr nachmittags vertagt.

Das Urteil

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung teilt der Vorsitzende das Urteil mit: Es wurden verurteilt der Angeklagte Oberleutnant a. D. A. Sewelof zu 16 000 M. Geldstrafe, Frau Sewelof erhielt 21 000 M. Geldstrafe, der Kabarettregisseur Heinz Juch 400 Mark, der Conférencier Gotthold 200, Kaufmann Klare 300 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Aus den Bezirken

Die Wahl der sozialistischen Lehrer, Professor Dr. Osterreich, Dr. Witte und Dr. Groß zu Schuldirektoren, die das Bezirksamt Berlin-Mitte vorgenommen hat, diente den Rechtsparteien dieser Bezirksverordneten zu einem Vorstoß gegen das in seiner Mehrheit sozialistische Bezirksamt. In der Sitzung am Freitagabend kam es zu heftigen Szenen, da die Rechte in einfach unqualifizierter Weise vorging und eine heftige Abwehr der Linken herausforderte. Dabei tat sich besonders der Stadtverordnete Prof. Dr. Tropska (D. Sp.) hervor, der sehr gewagte Behauptungen aufstellte und dessen Ausführungen von sachlichem Inhalt und parlamentarischer Form gleich weit entfernt waren. Die Rechtsparteien werden, das wurde ihnen schon in der Sitzung von unserer Seite gesagt, nichts anderes erreichen als den immer festeren Zusammenhalt der Arbeiterparteien. Für diese Tätigkeit seien sie bestens bedankt!

In der letzten Bezirksversammlung (Pankow) wurde der 2. Bürgermeister Dr. Weisner in sein Amt eingeführt und einige Wahlen vorgenommen, wobei es zu erregten Erörterungen kam.

Das Bezirksamt Charlottenburg erläßt folgende Warnung: Bedauerlicherweise mehren sich mit der Erhöhung der Strompreise die Fälle, in denen dem Leitungszweig des städtischen Elektrizitätsnetzes Strom ohne Zähler entnommen wird, oder die vorhandenen Zähler durch betrügerische Maßnahmen umgangen werden. Da es sich bei dem Elektrizitätswert um ein gemeinnütziges Nadelstück Unternehmen handelt und da nach dem Gesetz vom 5. April 1906 die Entziehung elektrischer Arbeit strafbar ist, kann von der Stromentnahme ohne Zähler nur dringend gewarnt werden, wenn die Werte bringen die ihnen zur Kenntnis gelangenden Stromhinterziehungen unannehmlich zur Anzeige. Es haben bereits durch die Gerichte wiederholt empfindliche Bestrafungen mit Geldstrafe und hohen Geldstrafen stattgefunden. Auch bei neuinstallierten Anlagen, die zwar bereits beim Elektrizitätswert zur Prüfung angemeldet sind, ist die Stromentnahme vor Aufstellung des Zählers streng verboten. Zuwiderhandlungen werden gerichtlich verfolgt.

Im 14. Verwaltungsbezirk (Neukölln-Brick) fand jetzt die Neuwahl des Bureau des Bezirksvorstandes statt. Wie schon beim ersten Zusammentritt der Bezirksversammlung

so auch diesmal erhoben die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen kleinen Gruppen der bürgerlichen Parteien Anspruch auf den Stellvertreter. Die drei sozialistischen Fraktionen stimmten aber geschlossen für unsere Kandidaten. So daß unser Genosse Fehner 37 Stimmen, der bürgerliche Kandidat aber nur 20 Stimmen erhielt. In der darauffolgenden Wahl der unbesetzten Stadträte wurden von unserer Fraktion die Genossen Schröder und Reinhardt gewählt. Während der Erledigung einiger Vorlagen des Bezirksamts kam die Kunde, daß das Rathaus von der Schupo freigegeben wurde. Eine Deputation der Markt- und Straßenhändler, welche ihre Wünsche selbst in der Sitzung vorbringen wollte, wurde von den Vertretern der einzelnen Fraktionen empfangen. Unsere Fraktion beantragte die Erledigung der vorgebrachten Wünsche der Markt- und Straßenhändler, die, während die Deputation verhandelt, vor dem Rathaus demonstrierten. Der Genosse Stadtrat Kadtko, der die Verhandlung leitete, bezeichnete die Einführung der Steuerhäuser als eine besondere Härte gegen einen bestimmten Kreis der Bürger. Er empfahl die Annahme eines Kurrges, bei der zuständigen Behörde wegen Abschaffung dieser Härte vorstellig zu werden. Die Versammlung stimmte dem zu. Der bemerkenswerte Eindruck machte der unentwegt kommunistische Stadtvorordnete Grolwies, der in seiner Eigenschaft als Stadtrat für Erhebung von Gebühren bei der Benutzung der Freibank (1) eintrat. Unser Redner, Genosse Kohnstamm, wies dem Kommunisten nach, daß er sich noch sehr enger mit sozialistischer Politik bewegt, denn gerade durch seine Maßnahmen würden die Vermögen am schwersten betroffen. Wir können eine solche Politik nicht mitmachen, sondern wir verlangen in erster Linie Besserung des Besizes. Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen vertagte sich die Versammlung.

20. Verwaltungsbezirk. Die letzte Bezirksversammlung nahm die Wahl des zweiten Bürgermeisters vor. Anstelle des ausgeschiedenen Genossen Paul Sello wurde der Reichstagsabgeordnete Genosse Alfred Henke (Bremen) gewählt. Die von bürgerlichen Wählern bis herab zum unbedeutenden Ortsschlichter betriebene Agitation fand ihren Ausdruck in der Unterstützung des Magistratsrats Willweber durch die bürgerlichen Parteien. Derselbe unterlag in der Wahl mit 14 bürgerlichen gegen sämtliche 17 sozialistischen Stimmen. Gen. Willweber begründete eine Anfrage, welche Schritte das Bezirksamt unternehmen will, um ähnliche Mißhandlungen und Uebergreife der Schupo, wie im Bericht der „Freiheit“ vom 13. 1. 22 dargelegt, zu verhindern. Die Vorschläge des Ausschusses zur Vorbereitung der Vorschläge der Bürger zum Miteinigungsamt wurden von den bürgerlichen Vertretern wegen mangelnder Vertretung der Vertreter der Hausbesitzer (1) abgelehnt. Die sozialistische Mehrheit stimmte noch einige besonders scharfmacherische Vertreter und setzte dafür andere.

Das Bezirksamt Wedding erläßt eine öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung für das Gebiet des Verwaltungsbezirks Wedding, wonach alle Steuerpflichtigen, die noch Betriebssteuer für das Steuerjahr 1921 sowie Hundesteuer für das zweite Halbjahr 1921 zu zahlen haben, aufgefordert werden, ihre Steuer, soweit ihnen nicht Stundung bewilligt ist, spätestens bis zum 31. Januar 1922 an ihre zuständige Steuerkasse abzuführen.

Beihilfe für Angehörige von Nachkriegsgefangenen

Wie in den Jahren 1919 und 1920 sind auch jetzt wieder vom Reich Mittel zur Verfügung gestellt, um den bedürftigen Angehörigen der am 1. Dezember 1921 noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Kriegsteilnehmer eine einmalige Beihilfe zu gewähren. Kriegsgefangene, welche schon vor dem 1. Dezember 1921 zurückgekehrt, unmittelbar nach der Heimkehr aber in Versorgungsanstalten aufgenommen und dort am 1. Dezember 1921 noch stationär behandelt wurden, können die Beihilfe für ihre Angehörigen ebenfalls beantragen.

Als Kriegsgefangene im Sinne der erlassenen Bestimmungen gelten diejenigen Kriegsteilnehmer, von welchen seit dem 1. Januar 1919 nachweislich noch Lebenszeichen eingetroffen sind. Diegt dagegen seit dem 1. Januar 1919 keine Nachricht mehr vor, so werden die betr. Kriegsteilnehmer als Vermisste angesehen. Die Beihilfe kann ihren Angehörigen in diesem Falle nicht gewährt werden.

Anträge auf die neue Beihilfe werden für Alt-Berlin — Verwaltungsbezirke I—IV — in der Abteilung für Kriegsunterstützungen, Berlin, Klosterstr. 63 (Militärbureau), und in den Verwaltungsbezirken VII—XX bei den zuständigen Bezirksämtern bis zum 31. März 1922 entgegengenommen. Später gestellte Anträge dürfen bestimmungsgemäß nicht berücksichtigt werden.

Kleine Mitteilungen. Das Kohlenamt teilt mit: Mit Wirkung vom 22. d. M. ist der Preis für niederschlesischen Schmelzlofs bei Lieferung frei Haus an das Kleinergewerbe sowie für Warmwasser- und Zentralheizungsanlagen in Föhren nicht über 30 Ztr. auf 48.35 M. pro Ztr. festgesetzt worden. — In der Woche vom 23. bis 29. Januar 1922 darf Brot und Wehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitt das Stichwort „Wetter“ tragen. — In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrats der Berliner Straßenbahn wurde die Frage der Abschaffung der Zuschläge für Sonntags- und Feiertagsarbeit eingehend besprochen. Es wurde beschlossen, das Verkehrsamt zu ersuchen, im Falle die im Gange befindlichen Verhandlungen bezüglich Änderung des Manteltarifvertrages wider Erwarten nicht die Abschaffung dieser Zuschläge bringen sollten, für eine Einschränkung des Verkehrs an Sonn- und Feiertagen Vorschläge zu machen. — Die Arbeitsnachweise für Hausangestellte in der Eichhornstr. 1 und Pausstr. 1 sowie die Schlichtungskommission in der Eichhornstr. 1 sind vom 2. Januar 1922 ab in die Verwaltung des Bezirksamts Tiergarten übergegangen.

Verlockend billige Preise

- Damen-Hausschuhe aus Stoff, mit Kordelsohle, in verschlossenen entzückenden Blumenschuhen. Aussergewöhnlich billig 28⁰⁰
- Damen-Hausschuhe, in Sammet, fein-farbigem Filzstoff sowie Kameleshaut, in vielen Farben u. Mustern, elegante Morgenstühle 48⁰⁰
- Damen-Hausschuhe in Steppelack und fein-farbigem Filzstoff, mit Pompon und Lasche, prima Qualitäten. Besonders billig 58⁰⁰
- Damen-Ledersandalen braun Rindleder, mit Absatz, starker durchgehender Ledersohle. Seitener Gelegenheitskauf 68⁰⁰
- Damen-weiss-Leinen-Spangenschuhe, mit weiss überzogenem Absatz, beliebiger Tanzschuh. Ganz besonders preiswert 72⁰⁰
- Damen-Schnallensiefel schwarz, aus prima Filzstoff, mit weissem Priessfutter, Filz- und Ledersohle. Ausserst billig 88⁰⁰
- Damen-Schnallensiefel ein a zwei Schnallen, schwarz Filzstoff, ringsherum Rindboxes, Priessfutter, starke Ledersohle u. Absatz 98⁰⁰
- Damen-Spangenschuhe, schwarz Leder, für die Strasse, kurze, moderne Form, hohe und niedrige Absätze. Sehr preiswert 123⁰⁰

- Damen-Schnürstiefel, prima Rindbox, mit Derbyschnitt oder Ringbesatz, breite, moderne Form, mit halbhohem Absatz 175⁰⁰
- Damen-Schnürstiefel, prima R-Obereise, z. T. mit Lackkappe, mit Derbyschnitt oder Ringbesatz, moderne Formen 198⁰⁰
- Damen-Schnürstiefel, prima Rindbox, hoher Schaft, mit und ohne Hobkappe, kurze moderne Form. Sehr preiswert 218⁰⁰
- Damen-Schnürstiefel, prima R-Obereise, mit elegantem hoben Schaft, mit und ohne Lackkappe, kurze moderne Form 228⁰⁰
- Damen-Schnürstiefel, prima Boxhals, Derbyschnitt, Orig.-Goodyear-Well-Ausführung, vorzügliche Qualität. Extra billig 248⁰⁰

- Horren-Schnallensiefel aus schwarzem Filzstoff, mit Filz- und Ledersohle, Absatz, Vorderkappe. Extra billig 88⁰⁰
- Horren-Schnallensiefel schwarz Filzstoff, mit ringsherum Lederbesatz, starker Ledersohle mit Absatz. Für die Strasse geeignet 128⁰⁰
- Horren-Schnallensiefel in Filzstoff, mit ringsherum Lederbesatz, hohe Ausfüh., starke Ledersohle u. Absatz. Gelegenheitskauf 198⁰⁰
- Horren-Schnürstiefel prima Rindbox u. K-Obereise, mit Lack-, Besatz u. Derbyschnitt, eleg., mod. Formen, gute Ausführung 198⁰⁰
- Horren-Schnürstiefel in Rindbox mit R-Obereise-Einsatz, vorzögl. Qualität, mit und ohne Derbyschnitt. Sehr preiswert 228⁰⁰

- Kinder-Schnürstiefel, schwarz Obereise, sehr bequeme und schöne Form. Grösse 13—22. Ausserst preiswert 36⁰⁰
- Kinder-Ledersandaler, braun Rindleder, mit starker, durchgehender Ledersohle und Absatz. Grösse 31—35, 36, 40, 42, 44, 46, 48, 50 48⁰⁰
- Kinder-Schnürstiefel, braun echt Ziegenleder, naturgetreue breite Form, mit Absatz. Grösse 20/25, 26/30, 31/35, 36/40, 41/45, 46/50 68⁰⁰
- Kinder-Spangenschuhe prima Rindbox und Chromleder, gute Ausführung. Extra billig. Grösse 31—35, 36/40, 41/45, 46/50 72⁰⁰
- Kinder-Halbschuhe z. Schnür, Chromleder u. R-Obereise, mit u. ohne Lackkappe, gute Anst. Extra billig. Gr. 31-35, 36/40, 41-45 88⁰⁰

Stillier

Gewerkschaftliches

Der Achtstundentag in Deutschland

Wenn unsere ausländischen Gewerkschaften auf die Durchführung des Achtstundentages dringen, so wird ihnen entgegen...

Der Bundesvorstand wendet sich sodann gegen die Behauptung, daß der Achtstundentag in Deutschland nur auf dem Papier stehe...

Zum Beweis für die einzelnen Angaben sind aus den verschiedenen Reichstaxen diejenigen Paragraphen wiedergegeben...

Dah es den deutschen Gewerkschaften sehr daran liegt, die Ueberarbeit zu bekämpfen, geht schon daraus hervor...

nember 1918 auf höchstens acht Stunden festgelegten täglichen Arbeitszeit bevor, und diesen Achtstundentag möchten die Unternehmer gar zu gern zu Falle bringen...

Betriebsräte!

Folgende wichtige Versammlungen finden im Laufe dieser Woche statt:

Gruppe 5 (Freie Berufe) Montag, den 23. Januar, vorm. 11 Uhr...

Gruppe 1 (Bank und Handel), Gruppe 12 (Behörden), Gruppe 15 (Sozialversicherung) Montag, den 23. Januar, abends 7 Uhr...

Gruppe 2 (Baugewerbe), Gruppe 7 (Holzindustrie) Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr...

Gruppe 3 (Textilindustrie), Gruppe 10 (Lederindustrie) Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr...

Der wichtigen Tagesordnung wegen, erlauben wir alle U.S.P.D.-Genossen, vollzählig zu erscheinen.

Arbeiterkämpfe in Japan

Arbeitslosigkeit, Ausschreitungen der Polizei, Jagd auf Sozialisten

Wir erhalten aus Japan von Mitte Dezember o. J. persönliche Berichte, deren Angaben sich decken mit Mitteilungen, die die japanische Presse...

Im Distrikt von Kobe gingen bei einer Kupfergesellschaft mehrere hundert „Kulis“, so werden die Arbeiter hübsch tituliert, in den Streik...

Das ist in Japan keine Kunst, denn die japanische Ohtana, jenes brutale polizeiliche Landstreichertum, betrachtet streikende Arbeiter als Freiwild...

So fand in Kobe eine Gerichtsverhandlung statt, in der Polizisten angeklagt waren, schwere Ausschreitungen anlässlich eines Streiks in den Werften...

Die hohe Polizei reibt sich natürlich heraus, sie wäre angegriffen worden, befand sich also in Gefahr, ergo mußten die Polizeirechte Gebrauch von ihren Säbeln machen...

Die Arbeitslosigkeit in Japan erfährt jetzt durch die Beschlüsse von Washington in der Frage der Abrüstung eine Verschärfung...

die Arbeiter sind. Außerdem wurde die Forderung aufgestellt: Mindestlohn von 2,50 Yen und die Durchführung des Achtstundentages...

Im Anschluß an diese Tagung fand in Osaka eine Riesendemonstration statt, an der auch an 1000 Frauen sich beteiligten...

Viele kleinere Streiks in verschiedenen Teilen des Landes wollen wir übergehen. Zum Schluß wollen wir nur noch einiges mitteilen über die Sozialistenhag, die in Japan betrieben wird...

Es ist eine Lust, japanischer Arbeiter und Sozialist zu sein! Die japanische Regierung sendet massenhaft ganze Studiengruppen nach dem Westen...

Schülerausschüsse in den Fachschulen

Das freigewerkschaftliche Jugendkartell hielt am 18. d. M. im Gewerkschaftshaus eine Vollversammlung ab, die zu der Frage der Schülerausschüsse in Fach- und Berufsschulen Stellung nahm...

Die Diskussion war sehr ergebnisreich. Allgemein wurde die weitgehendste Unterstützung durch die Gewerkschaften gewünscht. Die Darlegungen eines Kollegen, der der Ansicht Ausdruck gab...

Begründet wurde die Mitteilung von der am 24. d. M. stattfindenden Konstituierung des Ortsausschusses der Arbeiterjugend-Organisationen...

Einem Antrag, das Interesse für wirtschaftliche und sozialpolitische Dinge in Jugendkreisen erneut zu wecken und öffentliche Versammlungen zu veranstalten, wird zugestimmt...

Wirtschaftsartikel

Table with 4 columns: Wirtschaft, Steingut, Glas, Emaille. Lists various household items and their prices.

Jandorf advertisement featuring 'Schrubber', 'Teppichfeger', 'Handfege', and 'Stubenbesen' with prices and contact information.

Zum Kampf der Schuhmacher

Die Berichte der letzten Tage meldeten den bevorstehenden Streik im Schuhmacherhandwerk, falls die Arbeitgeber nicht noch in letzter Stunde sich bereit erklären, den Schlichtungsanspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 29. Dezember 1921 anzuerkennen. Der Zentralverband der Schuhmacher hat kein Mittel unversucht gelassen, den Streik zu vermeiden und hat weds Verbindlichkeitsklärung den Herrn Oberpräsidenten als Demobilisierungskommissar für Groß-Berlin angerufen. Am Freitag, den 20. Januar, fand eine Verhandlung unter dem Vorsitz eines Vertreters des Demobilisierungskommissars statt. Eine, vom Vorsitzenden versuchte Verständigung scheiterte, da dessen Vorschläge von den Vertretern der Arbeiterkassas als unannehmbar bezeichnet wurden. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden sollten die Stundenlöhne nur um 10 Pfennige gegenüber den im Dezember gezahlten Löhnen erhöht werden.

Für Akkordarbeiter sollten die Teuerungszuschläge auf die bestehenden Grundlöhne auf 126 Prozent beziehungsweise 116 Prozent ab 15. Januar und auf 140 Prozent bzw. 150 Prozent ab 1. Februar festgelegt werden. Bei diesen Sätzen können folgende Stundenlöhne im Akkord erzielt werden: ab 15. Januar 6.50 M. und ab 1. Februar 7.30 M. Ob diese Verdienste als ausreichend für eine Familie zu betrachten sind, muß dem Leser überlassen bleiben. Die Kollegenchaft hat in der vom Zentralverband der Schuhmacher zum Montag, den 23. Januar, vormittags 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 24-25, einberufenen Streikversammlung das Wort. Pflicht aller Kollegen der Schuh- und Reparaturbranche ist es, am Montag früh geschlossen ihre Betriebe zu verlassen und zur Versammlung vollständig zu erscheinen.

Berufsaussichten für Lehrlinge

Viele vorfällige Eltern denken schon jetzt an die Schulentlassung im April, wo ihre Söhne oder Töchter einen Lebensberuf ergreifen und sich ins wirtschaftliche Leben einreihen werden. Ueberall fragt man bei Bekannten und Verwandten um Rat. Vater spricht mit seinen Kollegen in der Werkstatt oder im Bureau über die Sache und studiert die Inserate in den Zeitungen, um auf diese Weise vielleicht eine gute Lehrstelle zu finden, d. h. „etwas lernen soll das Kind“, das steht fest. Wenn man sich mit den Eltern über ihre Wünsche, Gedanken und Hoffnungen unterhält, welche Ankenntnis über die Aussichten in den einzelnen Berufen und über das Wesen der heutigen Lehre findet man da. Viele Arbeitereltern glauben einen sicheren und guten Lebensweg vorzubereiten, wenn sie ihren Kindern den Beruf eines kaufmännischen Angestellten ergreifen lassen. Sie werden dabei von dem falschen Gesichtspunkte geleitet, daß schon der kaufmännische Lehrling in jeder Weise leichter habe und seine Berufsaussichten besser seien, als in anderen Berufen. Die Eltern werden sich deshalb gern von Fachleuten sagen lassen, wo für den kaufmännischen Lehrling die Klippen sind und welche Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Schon die Auswahl der Lehrstelle selbst sowie der Abschluß des Lehrvertrages sind Grundlagen für das spätere Fortkommen.

Der Zentralverband der Angestellten hat sich die Aufgabe gestellt, in weiten Kreisen die Kenntnis über die Berufsaussichten der kaufmännischen Angestellten zu verbreiten. Er veranstaltet, gerade auch um den Eltern sowie den zur Entlassung kommenden Kindern Gelegenheit zu geben, sich zu unterrichten, am Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Niederwallstraße 12 eine Versammlung, in der über das Thema: „Der kaufmännische Lehrling in der Vergangenheit und Zukunft“ gesprochen wird. Alle Eltern, deren Kinder zu Ostern die Schule verlassen und den kaufmännischen Beruf ergreifen sollen, sollten es nicht veräumen, durch diesen Vortrag sich belehren zu lassen.

Eisenbahner

Am Montag, den 23. Januar 1922, abends 7 Uhr, findet in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, eine Versammlung aller im D. C. B. organisierten U. S. P. D.-Eisenbahner statt. Die Delegierten zur Generalversammlung sind hiermit besonders eingeladen. Genossen! In Anbetracht der Wichtigkeit ist es unbedingt Pflicht, zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch des D. C. B. und Parteibuch legitimieren.

U. S. P. D., Sektion Post und Telegraphie. Montag, 8 Uhr. Versammlung bei Elgt, Gerichtstr. 74.

Für die Verstaatlichung der Bergwerke in Amerika. Auf dem dritten Zweijahrestag der „Public Ownership League“, der im November d. J. in Chicago stattfand, hielt der bekannte amerikanische Bergarbeiterführer John Brophy, Vorsitzender des vom Bergarbeiterverband eingeleiteten „Nationalization Research Committee“, ein Referat über die Nationalisierung der Bergwerke. Er berief sich bei seinen Ausführungen auf den Ausdruck des Staatssekretärs Hoover, der seinerzeit erklärt hatte, daß die amerikanische Kohlenindustrie mit einem Aufwand an Kapital, Maschinen, Betriebsmaterial und Arbeitslohn arbeitet, der 20 Prozent über den normalen Durchschnitt hinausgeht. Es wurde festgestellt, daß dieser unbefriedigende Zustand das Land nicht weniger als 1 Dollar per Tonne oder 500 000 000 Dollar jährlich kostet. Die amerikanischen Bergarbeiter fordern daher „als ersten Schritt auf dem Wege zur Nationalisierung ein sofortiges Gesetz für eine zentralisierte, ununterbrochene und zwangsweise Untersuchung des Tatsachenmaterials in der Kohlenindustrie“.

Gewerkschaften und Brotpreiserhöhung

In seiner neuesten Nummer nimmt das „Korrespondenzblatt“ des A. D. G. B. zu der angekündigten Erhöhung der Brotpreise Stellung. Das Blatt schreibt durchaus zutreffend:

„Jeder wird für den Mehraufwand Bekundung suchen und so wird eine Preiserhöhung die andere treiben. Auch Lohn-erhöhungen können nicht ausbleiben, denn man kann den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zumuten, sich diese Mehrausgabe an ihren ohnehin unzureichenden Bezügen noch abzulassen. Neue Unruhen im Wirtschaftsleben, Preiskämpfe und Lohnbewegungen werden die unausbleibliche Folge sein, besonders schlimm wird es wieder den Sozialrentnern ergehen, die von ihren immer mehr entwerteten Renten und Pensionen nicht leben können.“

Man sollte meinen, daß das Reichsernährungsministerium, ehe es die Mehrtkosten der Getreideversorgung auf die deutschen Verbraucher abwälzt, zu weniger katastrophalen Maßnahmen gegriffen hätte. Angesichts der Tatsache, daß die einheimische Brotgetreideernte verfügbare Mehrerträge aufweist, hätte es bereits im Oktober 1921, am Beginn der bedrohlichen Marktschlechterung, die Umlagemenge erhöhen oder wenigstens inländisches Getreide zur Sicherung aufkaufen können. Es könnte ferner den Preis des abzuliefernden Getreides herabsetzen, da den Landwirten der Verkauf des freibleibenden Getreides unerwartet höhere Gewinne verschief. Es hätte einen Teil der Valutagewinne für die Sicherstellung der Volksernährung erfassen können oder schließlich die öffentliche Brotversorgung auf die minderbemittelte Bevölkerung beschränken können, um für diese erträgliche Preise zu behalten. Von alledem ist nichts geschehen. Das Umlagegesetz ist auch noch keineswegs sicher gestellt, da erst 1,9 Millionen Tonnen oder 72 Proz. des Umlagefalls abgeliefert sind. Man hat die Landwirte noch überdies lassen und den vollen Schaden tragen das Reich und die Verbraucher. Auch jetzt noch sollen die einheimischen Erzeuger geschont werden. Keine Sonderleistung für die Brotversorgung, keine Steigerung der heimische Getreideerzeugung durch Pflanzbau ist in Aussicht genommen: Erhöhung des Brotpreises ist der einzige Ausweg, den der Reichsernährungsminister kennt.

Diese Ernährungspolitik des Reichsernährungsministers Hermes schließt sich innig seiner Steuerpolitik an, die der Heranziehung des Besitzes durch Erfassung der Sachwerte ängstlich ausweicht und die Steuerquellen der arbeitenden Bevölkerung um so ergiebiger fließen läßt. Wir bekämpfen dieses System der Abwälzung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhöhung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushaltes durch Mehrbelastung des Verbrauchers, anstatt des Besitzes. Um so dringlicher müssen wir fordern, daß mit dieser ungewaschenen Politik ein Ende gemacht wird, da sie das Volk erbittert und uns wirtschaftlichen und innerpolitischen Katastrophen entgegenreißt, bei denen mehr als eine Regierung auf dem Spiele steht.“

So richtig diese Kritik der Politik von Hermes ist, so sollte es doch sehr vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften sein, neben dem Steuerkampf gegen die Besitzenden auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu prüfen, durch die verhindert werden kann, daß anlässlich der neuen Preiswelle, die mit der Brotpreiserhöhung beginnt, eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse eintritt. Wir haben neulich bereits dargelegt, daß wir den in Desterreich verwirklichten Plan der gesetzlichen Verpflichtung der Unternehmer zur Zahlung von Lohnzuschlägen, für den besten Ausweg halten. In Anbetracht der Tatsache, daß die Brotpreiserhöhung bereits am 15. Februar in Kraft treten soll, scheint es uns unumgänglich zu sein, daß die Gewerkschaften bald zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen.

Wandlungen in der italienischen Arbeiterbewegung

Am 17. Januar hat in Mailand eine nichtöffentliche Tagung des Nationalrates der italienischen sozialistischen Partei begonnen, der eine außerordentliche Bedeutung zukommt. Nicht nur, daß ihre Tagesordnung eine Reihe wichtiger Einzelfragen, wie Agrarfrage, Jöle, Schulangelegenheiten, Frauenfrage, internationale Politik und dergl. umfaßt, wird auf dieser Tagung auch Stellung genommen werden zu den großen politischen Linien der Partei überhaupt. Daraus deuten vor allem einige Artikel in der letzten Nummer der von Turati herausgegebenen „Critica Sociale“, in welchen gefordert wird, daß die Partei ihre Stellung der regierenden Opposition im Parlament ausbeude und unter gewissen Bedingungen die Bereitschaft zum Eintritt in die Regierung erkläre. Diese Bestrebungen finden eine starke Stütze innerhalb des italienischen Gewerkschaftsbundes, was besonders aus einer am 12. Januar stattgefundenen Sitzung der Leitung dieses Bundes zum Ausdruck gekommen ist. Diese Verhandlungen haben ihren Niederschlag gefunden in der nachstehenden, einstimmig angenommenen Resolution:

„Nach reiflicher Aussprache über die politische und gewerkschaftliche Lage beauftragt die Leitung des Gewerkschaftsbundes ihre Vertreter in der Leitung und im Nationalrat der Sozialistischen Partei, die in der in Rom angenommenen Entschließung enthaltenen Auffassungen zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, daß die Parlamentsfraktion ermächtigt werde, jede Regierung zu unterstützen, welche Sicherheiten für die Wiederherstellung der elementaren Freiheiten und die Bewirklichung eines die unmittelbaren proletarischen Forderungen umfassenden Programms gibt.“

Was hiermit gemeint ist, hat am deutlichsten der italienische Metallarbeiterführer Buzzzi ausgesprochen: „Die Partei muß den Mut haben, auch die letzten Konsequenzen zu ziehen, und darf selbst vor einer Beteiligung an einer Regierung nicht zurückweichen.“ Es ist bemerkenswert, daß dieser Forderung auch Genossen beipflichteten, die bisher die Koalitionstendenzen der Turati-Gruppe aufs schärfste bekämpft haben, so vor allem die Genossin Altobelli, die Sekretärin des italienischen Landarbeiterverbandes.

Vorläufig wird diese Wandlung durch die Tatsache, daß die nun seit anderthalb Jahren in Italien wütende Reaktion, die hauptsächlich von den bewaffneten Banden der Faschisten getragen ist, in erster Linie die italienische Gewerkschaftsbewegung in argen Mitleidenschaft gezogen und diese in einzelnen Provinzen geradezu vollständig vernichtet hat.

Serrati, der dieser Sitzung im Auftrage der sozialistischen Parteileitung beiwohnte, hat die Gewerkschaftsvertreter darauf gewarnt, sich von solchen begreiflichen Stimmungen leiten zu lassen. Nicht das Proletariat befände sich in einer Krise, sondern die Bourgeoisie. Diese suche ihren Bestand nur durch den Faschismus zu verlängern. Eine Beteiligung der sozialistischen Partei an der Regierung sei unmöglich.

In derselben Sitzung beschloß die italienische Gewerkschaftsbund auch mit der Konferenz von Genua und beschloß, an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale folgendes Telegramm abzuschicken:

„Genua hat beschlossen, in Genua eine Konferenz für den Wiederaufbau Europas abzuhalten. Hieran werden sich erstmals alle Regierungen, Rußland und die besetzten Länder inbegriffen, beteiligen. Wir halten für zweckmäßig, zu fordern, daß die Arbeiterorganisationen aller Länder zur Verteidigung der Arbeiterinteressen an der Konferenz von Genua teilnehmen.“

Der Nationalrat der italienischen sozialistischen Partei, der am 17., 18. und 19. Januar in Mailand zusammengetreten war, hat folgende Entschließung angenommen:

„Unter Berufung auf die Beschlüsse des Mailänder Parteitages, von denen nicht abgewichen werden soll, beauftragt der Nationalrat die Parteileitung:

1. Im Lande eine energische Aktion vorzubereiten und anzuordnen, mit dem Ziele, den bürgerlichen Gewalttätigkeiten unter Ausnutzung jeglichen Mittels zu begegnen, das geeignet ist, alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden proletarischen Kräfte in einer einheitlichen Front zusammenzufassen.
2. Die Haltung der Parlamentsgruppe unter Ausnutzung aller wirtschaftlichen und politischen Kräfte des Landes durch eine intensive Propaganda und Teilnahme an den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse auf eine solche Linie zu führen, welche unbedingt den Beschluß von Mailand entwirft, die jede Unterstützung und Zustimmung zugunsten der Regierung ausdrücklich ablehnen.
3. Die engsten Beziehungen mit dem Gewerkschaftsbund in der Weise aufrecht zu erhalten, daß die politischen Erwägungen allen vorwiegend wirtschaftlichen und ökonomischen vorangehen.
4. Vorkehrungen zu treffen und zu begünstigen, welche auf eine Zusammenfassung aller sozialistischen und kommunistischen Parteien von Europa und Amerika hinzielen, um den Plan für einen internationalen Kampf gegen die bürgerliche Reaktion der Nachkriegszeit festzulegen und inwieweit eine Kommission zu beauftragen, alle Parteien Europas über die Lage in Italien mit dem Ersuchen zu unterrichten, auf diese von der Tribüne der einzelnen nationalen Parlamente anlegend hinzuweisen.“

Diese Resolution wurde mit 14 Stimmen angenommen. Sechs Mitglieder des Nationalrates hatten für eine Resolution gestimmt, welche sich zwar nicht ausdrücklich für eine Beteiligung an der Regierung aussprach, aber eine Aenderung der bisherigen starren Opposition im Parlament immerhin offen ließ.

GARDINEN

Ab Montag, den 23. bis Sonnabend, den 28. besonders billige Angebote bei:
Kunstgardinen, Garnitur 135, 108, 225
Verdecken pa. Qualitäten 125, 145, 195
Halbtore, eigene Ausführung 65, 95, 133

!! Madragardinen und Madrastoffe in unübertrefflicher Auswahl!! Rouleauxstoffe, Spannstoffe, Gardinenstoffe, Teppiche, Wanddecken, Tischdecken usw. zu billigen Preisen.

Gardinenhaus Zimet, Berlin

60, Köpenicker Str. 102 (Ecke Bräuer- u. Neuenhauerstr. am Bahnhof Köpenick)
N. Wilmersstr. 6 (Ecke) Hausnummer genau beachten, am Bahnhof Scharnhorstbrücke, am Bahnhof Nordring

Einzelpaar

Die während des Inventurausverkaufs entstandenen Einzelpaare und unsortierten kleinen Warenposten

wollen wir räumen.

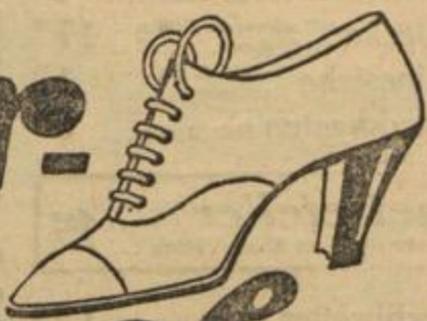
Wir haben sie in mehrere Serien zusammengestellt und die Preise rücksichtslos herabgesetzt.

Unser Angebot enthält größtenteils besonders wertvolle Sorten; der jetzige Preis steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Wert

Woche

Leiser

Kinderstiefel besonders billig



Berliner Bühnen-Spielplan

Vom 22. Januar bis 30. Januar

Wochenspieler Spielplan

Reichshaus: 22. 23. 24. Ueber die Kraft. 1. 2. 3. 4. Der schreiende Schiller. 5. Die Besessene. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne.

Mittwöchentlich

Reichshaus: 22. 23. 24. Ueber die Kraft. 1. 2. 3. 4. Der schreiende Schiller. 5. Die Besessene. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne.

Vor- und nachmittags

Reichshaus: 22. 23. 24. Ueber die Kraft. 1. 2. 3. 4. Der schreiende Schiller. 5. Die Besessene. 6. Die Schöne. 7. Die Schöne. 8. Die Schöne. 9. Die Schöne. 10. Die Schöne. 11. Die Schöne. 12. Die Schöne. 13. Die Schöne. 14. Die Schöne. 15. Die Schöne. 16. Die Schöne. 17. Die Schöne. 18. Die Schöne. 19. Die Schöne. 20. Die Schöne. 21. Die Schöne. 22. Die Schöne. 23. Die Schöne. 24. Die Schöne. 25. Die Schöne. 26. Die Schöne. 27. Die Schöne. 28. Die Schöne. 29. Die Schöne. 30. Die Schöne.

Darferveranstaltungen

1. und 6. März. Annehmungen für die Jugendheim beim Genossen Kramp. **11. März.** Die Abteilungs- und Bezirksleiter haben morgen durch Hauptversammlung die Mitglieder zu der am Donnerstag, 20. Januar, in der Schulstraße, 8. abends 7 Uhr, stattfindenden Bezirks-Generalversammlung einberufen. **18. März (Kreuzberg).** Wegen der am 23. und 24. stattfindenden Mitgliederversammlungen muß der Frauenabend in diesem Monat ausfallen.

Sonntag, 22. Januar

Merlesberg. Abends 7 Uhr Operettenabend im Restant des Sommerkassens, Morlenberg, Kottbus. 21. Vorträge von Coertzen und Walter für Kinder. **1. und 6. März.** Annehmungen für die Jugendheim beim Genossen Kramp. **11. März.** Die Abteilungs- und Bezirksleiter haben morgen durch Hauptversammlung die Mitglieder zu der am Donnerstag, 20. Januar, in der Schulstraße, 8. abends 7 Uhr, stattfindenden Bezirks-Generalversammlung einberufen. **18. März (Kreuzberg).** Wegen der am 23. und 24. stattfindenden Mitgliederversammlungen muß der Frauenabend in diesem Monat ausfallen.

Montag, 23. Januar

1. Verwaltungsbericht. 17. März. **2. Verwaltungsbericht.** 17. März. **3. Verwaltungsbericht.** 17. März. **4. Verwaltungsbericht.** 17. März. **5. Verwaltungsbericht.** 17. März. **6. Verwaltungsbericht.** 17. März. **7. Verwaltungsbericht.** 17. März. **8. Verwaltungsbericht.** 17. März. **9. Verwaltungsbericht.** 17. März. **10. Verwaltungsbericht.** 17. März. **11. Verwaltungsbericht.** 17. März. **12. Verwaltungsbericht.** 17. März. **13. Verwaltungsbericht.** 17. März. **14. Verwaltungsbericht.** 17. März. **15. Verwaltungsbericht.** 17. März. **16. Verwaltungsbericht.** 17. März. **17. Verwaltungsbericht.** 17. März. **18. Verwaltungsbericht.** 17. März. **19. Verwaltungsbericht.** 17. März. **20. Verwaltungsbericht.** 17. März. **21. Verwaltungsbericht.** 17. März. **22. Verwaltungsbericht.** 17. März. **23. Verwaltungsbericht.** 17. März. **24. Verwaltungsbericht.** 17. März. **25. Verwaltungsbericht.** 17. März. **26. Verwaltungsbericht.** 17. März. **27. Verwaltungsbericht.** 17. März. **28. Verwaltungsbericht.** 17. März. **29. Verwaltungsbericht.** 17. März. **30. Verwaltungsbericht.** 17. März.

Dienstag, 24. Januar

1. Verwaltungsbericht. 17. März. **2. Verwaltungsbericht.** 17. März. **3. Verwaltungsbericht.** 17. März. **4. Verwaltungsbericht.** 17. März. **5. Verwaltungsbericht.** 17. März. **6. Verwaltungsbericht.** 17. März. **7. Verwaltungsbericht.** 17. März. **8. Verwaltungsbericht.** 17. März. **9. Verwaltungsbericht.** 17. März. **10. Verwaltungsbericht.** 17. März. **11. Verwaltungsbericht.** 17. März. **12. Verwaltungsbericht.** 17. März. **13. Verwaltungsbericht.** 17. März. **14. Verwaltungsbericht.** 17. März. **15. Verwaltungsbericht.** 17. März. **16. Verwaltungsbericht.** 17. März. **17. Verwaltungsbericht.** 17. März. **18. Verwaltungsbericht.** 17. März. **19. Verwaltungsbericht.** 17. März. **20. Verwaltungsbericht.** 17. März. **21. Verwaltungsbericht.** 17. März. **22. Verwaltungsbericht.** 17. März. **23. Verwaltungsbericht.** 17. März. **24. Verwaltungsbericht.** 17. März. **25. Verwaltungsbericht.** 17. März. **26. Verwaltungsbericht.** 17. März. **27. Verwaltungsbericht.** 17. März. **28. Verwaltungsbericht.** 17. März. **29. Verwaltungsbericht.** 17. März. **30. Verwaltungsbericht.** 17. März.

Bereinstander

Montag, 23. Januar

1. Verwaltungsbericht. 17. März. **2. Verwaltungsbericht.** 17. März. **3. Verwaltungsbericht.** 17. März. **4. Verwaltungsbericht.** 17. März. **5. Verwaltungsbericht.** 17. März. **6. Verwaltungsbericht.** 17. März. **7. Verwaltungsbericht.** 17. März. **8. Verwaltungsbericht.** 17. März. **9. Verwaltungsbericht.** 17. März. **10. Verwaltungsbericht.** 17. März. **11. Verwaltungsbericht.** 17. März. **12. Verwaltungsbericht.** 17. März. **13. Verwaltungsbericht.** 17. März. **14. Verwaltungsbericht.** 17. März. **15. Verwaltungsbericht.** 17. März. **16. Verwaltungsbericht.** 17. März. **17. Verwaltungsbericht.** 17. März. **18. Verwaltungsbericht.** 17. März. **19. Verwaltungsbericht.** 17. März. **20. Verwaltungsbericht.** 17. März. **21. Verwaltungsbericht.** 17. März. **22. Verwaltungsbericht.** 17. März. **23. Verwaltungsbericht.** 17. März. **24. Verwaltungsbericht.** 17. März. **25. Verwaltungsbericht.** 17. März. **26. Verwaltungsbericht.** 17. März. **27. Verwaltungsbericht.** 17. März. **28. Verwaltungsbericht.** 17. März. **29. Verwaltungsbericht.** 17. März. **30. Verwaltungsbericht.** 17. März.

1. Verwaltungsbericht. 17. März. **2. Verwaltungsbericht.** 17. März. **3. Verwaltungsbericht.** 17. März. **4. Verwaltungsbericht.** 17. März. **5. Verwaltungsbericht.** 17. März. **6. Verwaltungsbericht.** 17. März. **7. Verwaltungsbericht.** 17. März. **8. Verwaltungsbericht.** 17. März. **9. Verwaltungsbericht.** 17. März. **10. Verwaltungsbericht.** 17. März. **11. Verwaltungsbericht.** 17. März. **12. Verwaltungsbericht.** 17. März. **13. Verwaltungsbericht.** 17. März. **14. Verwaltungsbericht.** 17. März. **15. Verwaltungsbericht.** 17. März. **16. Verwaltungsbericht.** 17. März. **17. Verwaltungsbericht.** 17. März. **18. Verwaltungsbericht.** 17. März. **19. Verwaltungsbericht.** 17. März. **20. Verwaltungsbericht.** 17. März. **21. Verwaltungsbericht.** 17. März. **22. Verwaltungsbericht.** 17. März. **23. Verwaltungsbericht.** 17. März. **24. Verwaltungsbericht.** 17. März. **25. Verwaltungsbericht.** 17. März. **26. Verwaltungsbericht.** 17. März. **27. Verwaltungsbericht.** 17. März. **28. Verwaltungsbericht.** 17. März. **29. Verwaltungsbericht.** 17. März. **30. Verwaltungsbericht.** 17. März.

Dienstag, 24. Januar

1. Verwaltungsbericht. 17. März. **2. Verwaltungsbericht.** 17. März. **3. Verwaltungsbericht.** 17. März. **4. Verwaltungsbericht.** 17. März. **5. Verwaltungsbericht.** 17. März. **6. Verwaltungsbericht.** 17. März. **7. Verwaltungsbericht.** 17. März. **8. Verwaltungsbericht.** 17. März. **9. Verwaltungsbericht.** 17. März. **10. Verwaltungsbericht.** 17. März. **11. Verwaltungsbericht.** 17. März. **12. Verwaltungsbericht.** 17. März. **13. Verwaltungsbericht.** 17. März. **14. Verwaltungsbericht.** 17. März. **15. Verwaltungsbericht.** 17. März. **16. Verwaltungsbericht.** 17. März. **17. Verwaltungsbericht.** 17. März. **18. Verwaltungsbericht.** 17. März. **19. Verwaltungsbericht.** 17. März. **20. Verwaltungsbericht.** 17. März. **21. Verwaltungsbericht.** 17. März. **22. Verwaltungsbericht.** 17. März. **23. Verwaltungsbericht.** 17. März. **24. Verwaltungsbericht.** 17. März. **25. Verwaltungsbericht.** 17. März. **26. Verwaltungsbericht.** 17. März. **27. Verwaltungsbericht.** 17. März. **28. Verwaltungsbericht.** 17. März. **29. Verwaltungsbericht.** 17. März. **30. Verwaltungsbericht.** 17. März.

Jugendbewegung

1. Verwaltungsbericht. 17. März. **2. Verwaltungsbericht.** 17. März. **3. Verwaltungsbericht.** 17. März. **4. Verwaltungsbericht.** 17. März. **5. Verwaltungsbericht.** 17. März. **6. Verwaltungsbericht.** 17. März. **7. Verwaltungsbericht.** 17. März. **8. Verwaltungsbericht.** 17. März. **9. Verwaltungsbericht.** 17. März. **10. Verwaltungsbericht.** 17. März. **11. Verwaltungsbericht.** 17. März. **12. Verwaltungsbericht.** 17. März. **13. Verwaltungsbericht.** 17. März. **14. Verwaltungsbericht.** 17. März. **15. Verwaltungsbericht.** 17. März. **16. Verwaltungsbericht.** 17. März. **17. Verwaltungsbericht.** 17. März. **18. Verwaltungsbericht.** 17. März. **19. Verwaltungsbericht.** 17. März. **20. Verwaltungsbericht.** 17. März. **21. Verwaltungsbericht.** 17. März. **22. Verwaltungsbericht.** 17. März. **23. Verwaltungsbericht.** 17. März. **24. Verwaltungsbericht.** 17. März. **25. Verwaltungsbericht.** 17. März. **26. Verwaltungsbericht.** 17. März. **27. Verwaltungsbericht.** 17. März. **28. Verwaltungsbericht.** 17. März. **29. Verwaltungsbericht.** 17. März. **30. Verwaltungsbericht.** 17. März.

Hermann Engel

Landsberger Str. 85, 86, 87.

Grosser Wäsche- und Tischzeug-Aussteuer-Verkauf

Brautpaare, Junge Ehepaare, sparsame Hausfrauen!

Lassen Sie die Gelegenheit zum Einkauf von ganzen Wäsche- und Tischzeug-Aussteuern und zur Ergänzung nicht vorübergehen, es ist nicht voranzusehen, welche Steigerungen die Preise noch erlahren können.

Prima Hemdentuch, Damenhemden mit Stickerei und Lanzette 3,75 M. × Prima Reform-Damenknienkleider, gemustert, 3,50 M. × Prima Placell-Kniebeinkleider mit Lanzette 3,50 M. Unteratle mit Stickerei 3,50 M. × Damen Rockbeinkleider mit Köpfe ein- und zwei- 3,50 M. Elegante Prinzess-Unterkleider mit reicher Stickerei-Garnitur 1,50 M. × Damen Nachthemd mit Hohlsaum u. Langette 2,50 M. × Prima Herren Taschentuch 2,50 M. × Elegante Herren-Nachthemden mit buntem Besatz 1,50 M. × Bad-Taschenbecher mit Hohlsaum 3,90 M. Bad-Taschenbecher mit blauegestreiftem Rand 3,30 M. × Herren-Taschentücher, weiß und farbig 3,50 M., 6,5 M. × Prima Bad-Taschentücher, Oberseite u. d. Kanten 2,50 M. × Prima Hemden-tuch-Laken 11,50 M. × Prima Garterkörner-Handtücher mit roter Kante 1,50 M. × Wischtücher, kariert, gestreift u. gerändert 7,50 M. × Weiße Frotteerlaken 130×160 cm 1,20 M. Jacquard-Drell und Damast-Tischtücher und Servietten, wie Fischgedecke für 6-24 Personen in riesiger Auswahl.

Prima Vollwatte für Binsen u. Kleider 87,50
Niradi-Stolle 24,4
Reinwollene Tische 165,50
Eoltenne marineblau 120 cm breit 143,50
Stoffe für Herren-Anzüge, Paletots und Kleider 89, 85 u. 62,5
Frühjahrsstoffe für Damen-Kleider, Unter- 165, 135 u. 125

Getriebene Krawattkase 550, 450, 395 M.
Imit. Weißtische 835-795 M.
Shanks-Kanin-Polize 445 M.
Schicke Sport-Kaizer-Jacke 6500, 4750, 2950 M.
Zobelastrach-Mantel 5750 M.
Elegante Seal-Electric-Mantel 9500, 8500, 7900 M.

Jeder Morgenstunde

Sweater	grau, festes Gewebe, Größe 50 M.	6 ⁰⁰	Damen-Schlupfhosen	aus blauem starken Tricotgewebe M.	36 ⁰⁰
Ueberziehjacken	für Damen, reine Wolle	89 ⁰⁰	Mädchen-Turnhosen	dunkelblau, Cr. 40	25 ⁰⁰
Damen-Hemden	mit langen Ärmeln, leines Gewebe	20 ⁰⁰	Sweater	Wolle	27 ⁰⁰
Damen-Hemden	aus vorzügl. Hemdentuch	33 ⁰⁰	Unterwesten	mit Kapok wattiert, mit und ohne Ärmel M. 10,20, 45,00	35 ⁰⁰
Herrenhemden	festes Gewebe, angeraut	39 ⁰⁰	Herren-Hosen	in guten Qualitäten von M.	65 ⁰⁰
Herren-Hemden	Vigogne in allen Größen	40 ⁰⁰	Feldgraue Militärhosen	von M	138 ⁰⁰
Herren-Unterhosen	festes Tricotgewebe	12 ⁰⁰	Militär-Drellhosen	retrotieren in ganz vorzügl. Qualit. M.	68 ⁰⁰
Herren-Unterhosen	Vigogne in allen Größen	30 ⁰⁰	Jünglings-Anzüge	bestehend aus Jacke und Hose, sehr haltbar, Stuhl	42 ⁰⁰
Herren-Kemd und Rose	Garnitur M.	112 ⁰⁰	Herren-Ulster	halbh. gute Qualität von M	150 ⁰⁰
Serviteurs	weiß	8 ⁵⁰	Winter-Anzüge	aus Manchester od. engl. Leder, mit schwerer Futter, Schutz gegen streng Frost	390 ⁰⁰
Schleifen	schöne Muster	1 ⁰⁰	Winter-Anzüge	3-fällig, aus sehr haltbaren Stoffen	175 ⁰⁰
Schals	für Herren und Damen, reine Wolle, K-Seide	42 ⁰⁰	Winter-Joppen	warm gefüttert, aus bestem Stoff	175 ⁰⁰
Handschuhe	Wolle gestrickt	8 ⁷⁵	Herren-Litewken	aus Buckskin von M	110 ⁰⁰
Herren-Stepp- u. Filzhüte	in modernen Formen	42 ⁰⁰	Drellanzüge	schwere Ware, gut verarbeitet M. 140,00, 110,00	98 ⁰⁰
Stutzen	Wolle	17 ⁰⁰	Feldgraue Röcke	loch- und rillfrei M.	39 ⁰⁰
Herren-Socken	rote Qualität M. 10,10, 8,50, 6,50	4 ⁰⁰	Feldgraue Litewken	loch- u. rillfrei, aus bestem Stoff	45 ⁰⁰
Strümpfe	für Damen und Kinder	5 ³⁵	Blaue Arbeiter-Anzüge	aus Faserstoffen M.	15 ⁰⁰
Strümpfe	schwarz u. braun, dünnes Gewebe	11 ⁵⁰			
Strümpfe	1-f. gestrickt	13 ⁵⁰			
Barchent-Decken	als Schaldecken und Laken verwendbar, 140 - 190 cm groß 1020 - 1040 g schwer M. 42,00	36 ⁰⁰			

Pelzjoppen und Fahrpelze 300⁰⁰
Engl. Offiziersmäntel in braunem Leder, aus dickem wasserfestem und wasserdichtem Wollstoff, mit wolleinem Leibfutter M. 575⁰⁰
Amerikan. Mäntel in braunem Leder, erstklassig, Fabrikat, loch- und rillfrei M. 250⁰⁰

Ausserordentlich billiger Verkauf von Teppichen und Gardinen in herrlichen Mustern.

Hochelegante Gesellschaftskleider

Theater- u. Balkkleider, Tanzkleider u. Teekleider.

BAER SOHN

Berlin nur Chausseest. 29/30

A n m. Unsere Angebote sind stets treibend
Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt

